

ALBANISCHE HEFTE

3/2006



Montenegro: neue politische Konstellationen

Zeitläufe

Nach den Wahlen
in Makedonien

Otto Witte
Möchtegern-König von Albanien

Begegnungen

Einst Geheimnis -
heute Rätsel

ISSN 0930-1437
35. Jahrgang 31 Quartal - 3,50 €

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus & über Albanien

Parlamentsmehrheit definiert Zeitgeschichte

Das Parlament hat am 30.10.2006 mit 76 Stimmen aus der Regierungsmehrheit die nachfolgende Resolution zum Kommunismus in Albanien verabschiedet. Die Opposition boykottierte die Abstimmung, da die Mehrheit nicht bereit war, Elemente aus einem Gegenentwurf der sozialistischen Fraktion aufzunehmen. Aus der Mehrheit heraus gab es auch Vorschläge, den wirtschaftlichen Aspekt zu berücksichtigen; dem wurde nicht gefolgt. Der Beschluss sanktioniert die Verwendung des Begriffes „Völkermord“ (gjenocid) für die Hinrichtungen und extralegalen Tötungen, die nach Angaben des Verfolgtenverbandes insgesamt bei rund 6.000 lagen. Er setzt den ewigen Streit um die Festsetzung des Befreiungstages fort, der je nach Regierung auf den 28. November (so die Rechten) oder den 29. November (so die Linken) angesetzt wird.

Entschließung des albanischen Parlamentes

Über die Verurteilung der Verbrechen, die von dem kommunistischen Regime in Albanien begangen wurden

1. Das Parlament von Albanien bezieht sich auf die Entschließungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, konkret: auf die Entschließung 1096 von 1996 „Maßnahmen zur Beseitigung des Erbes der totalitären kommunistischen Systeme“; auf die Entschließung 1481 von 2006 „Notwendigkeit zur internationalen Verurteilung der totalitären kommunistischen Regimes“, sowie auf die Beschlüsse der 1. Nationalen Versammlung der Gesamtnationalen Gesellschaft zur Integration der politisch Verfolgten und des Albanischen Zentrums für die Rehabilitierung der Überlebenden von Folter „Über die Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus in Albanien“ vom 12.5.2006.

2. Das totalitäre kommunistische Regime von Enver Hoxha und seiner Clique, die Albanien nach dem II. Weltkrieg bis 1990 regierte, war gekennzeichnet durch: die massive Vergewaltigung der Menschenrechte, individuelle und kollektive Ermordungen und Hinrichtungen (mit und ohne Prozess), Todesfälle in den Konzentrationslagern, Todesfälle durch Hunger, Folterungen, Verbannungen, Sklavenarbeit, physischen und psychischen Terror, Völkermord aufgrund der politischen Herkunft oder geerbten Vermögens sowie Vergewaltigungen der Freiheit des Gewissens, des Denkens und der Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, der Freiheit des religiösen Glaubens und der Freiheit des politischen Pluralismus.

3. Die Parteien, die rechtlich die Strukturen, die Mitgliedschaft und das Vermögen der Partei der Arbeit Albanien geerbt haben, haben bis heute nicht ihren Willen erkennen lassen, sich von dem totalitären kommunistischen Regime, vom „Klassenkampf“ und der „Diktatur des Proletariats“ sowie von den Verbrechen von Enver Hoxha und seiner Clique zu distanzieren.

4. Dem Sturz des kommunistischen Regimes in Albanien folgte keine Untersuchung der von ihm begangenen Verbrechen, um so mehr, als die Urheber dieser Verbrechen niemals ernsthaft mit der Justiz konfrontiert wurden und die Opfer des kommunistischen Völkermordes nicht öffentlich um Verzeihung gebeten haben.

5. Die Schaffung eines Bewusstseins der öffentlichen Meinung in Albanien, besonders bei der jungen Generation, für die unmenschlichen Verbrechen, die von Enver Hoxhas diktatorischem Regime begangen wurden, ist sehr schwach.

6. Das Parlament von Albanien bringt seine Überzeugung zum

Ausdruck, dass die Anerkennung und Verurteilung der Verbrechen der kommunistischen Diktatur dazu dient zu verhindern, dass sich ähnliche Verbrechen in Zukunft wiederholen. Die Bestrafung der begangenen Verbrechen und eine wirkliche Neubewertung der Geschichte spielt eine wichtige Rolle bei der Erziehung der jungen Generationen.

7. Das Parlament von Albanien verurteilt nachdrücklich die massive Vergewaltigung der Menschenrechte, die von dem totalitären kommunistischen Regime Enver Hoxhas und seiner Clique begangen wurden.

8. Das Parlament von Albanien verurteilt den Diktator Enver Hoxha als Ideengeber, Inspirator, Leiter und Vollstrecker der grausamsten kommunistischen Diktatur in Osteuropa, das Albanien in umfassende Isolation und Verarmung geführt hat, und verlangt, ihm und seinen Mitarbeitern alle Ehrentitel und Orden zu entziehen, die ihnen das kommunistische Regime verliehen hat.

9. Das Parlament von Albanien fordert die Überprüfung der symbolischen Tage des kommunistischen Systems, die die Errichtung der kommunistischen Diktatur in Albanien markieren, sowie die Streichung dieser Tage aus dem amtlichen staatlichen Protokoll.

10. Das Parlament von Albanien fordert die Offenlegung aller Dokumente, die die Verbrechen des kommunistischen Regimes belegen, einschließlich der Dossiers, die von den früheren Institutionen der Verfolgung und politischen Verurteilungen angelegt worden sind, wie der Staatssicherheit, den Staatsanwaltschaften, den Gerichten und den Komitees für Verbannungen und Internierungen.

11. Das Parlament von Albanien fordert die Öffnung der Dossiers der früheren Mitarbeiter der Staatssicherheit für Politiker und Leiter von Institutionen der Verfassung, des Justizwesens, der staatli-

Fortsetzung auf S. 28

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Albanien hat sich in diesem Herbst in Deutschland gleich bei zwei Gelegenheiten als „Wirtschaftsstandort mit Perspektiven“ präsentiert: Zum einen nahm man zum ersten Mal an der „Expo Real“ in München teil, der weltweit größten Fachmesse für Gewerbeimmobilien, zum anderen fand in Frankfurt eine hochrangig besetzte „Deutsch-Albanische Wirtschaftskonferenz“ statt, die ein breites Panorama möglicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufzeigte.

Dabei stellten die albanischen Referenten und Diskussionsteilnehmer ihr Land selbstbewusst vor, ohne jedoch mögliche Probleme völlig unter den Tisch zu kehren, ein gesunder Realismus, der bei ähnlichen Veranstaltungen in der Vergangenheit oft fehlte. Eine gelungene Veranstaltung, die auch zeigte, dass v.a. die Vertreter der jüngeren Generation gelernt haben, sich auf diesem Parkett zu bewegen und Interesse für ihr Land zu wecken.

Gelernt hat man auch bei der medialen Präsentation des Landes: Ein kurzer Werbefilm, der bei der Veranstaltung vorgeführt wurde, zeigt ein Land mit wundervoller Natur, mit rasanter Entwicklung und einer ebenso herzlichen wie offenen Bevölkerung, ein Zusammenschritt von „Hochglanzbildern“, die alle so im Land existieren.

Dass Albanien bei der weiteren Entwicklung stark auf die Karte Tourismus setzt, ist ja hinlänglich bekannt. Wer das Land in jüngster Zeit besucht hat, der hat sicher auch die zahlreichen Veränderungen vor Augen, die es gerade im Bereich der Infrastruktur gibt. Hier gibt es Potentiale, keine Frage. Aber mit diesen Ressourcen muss man schonend umgehen. Wenn man die Küstenstriche unkontrolliert verbaut, wie es in einigen Abschnitten bereits geschehen ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn der erhoffte Gästestrom ausbleibt. Ksamil, das haben wir bei unserer jüngsten Reise erlebt, ist da ein warnendes Beispiel. Aus dem einst pittoresken Flecken mit seinen wenigen alten Wohnblocks ist im Wildwuchs eine ganze Siedlung entstanden; die einzelnen Häuser und Villen durchaus ansehnlich, aber der Ort hat viel an Reiz verloren. Wenige Tage nach unserer Rückkehr las ich in der albanischen Presse, dass die Baupolizei eine ganze Reihe illegal errichteter Bauten wieder abreißen wollte, die Bewohner die Straße aus Protest aber kurzerhand gesperrt hatten. Ergebnis: Kosmetik statt Korrektur der Fehlentwicklung. Hier klaffen die „Filmwelt“ und der Alltag noch zu sehr auseinander.

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

Chronik

- 04 Daten, Namen, Fakten: Juli - September 2006

Magazin

- 06 Nachrichten aus Albanien

Zeitläufe

- 08 Nach den Makedonischen Wahlen

- 10 Die Parteien der albanischen Minderheit in Montenegro und die Wahlen vom 10.09.2006:

Ergebnisse und neue politische Konstellationen



- 19 Otto Witte -
Albaniens Möchtegern-König

Begegnungen

- 16 Touristisches Albanien

- 18 Einst Geheimnis -
heute Rätsel

Bücherreport

- 26 Neuerscheinungen

Aus der DAFG

- 29 DAFG Reise 2006
Impressum
Kontaktadressen

Titel

Hafen von Vlora, Foto: Bodo Gudjons

Rückseite

Kirche von Marmiro, Foto: Bodo Gudjons

■ Juli 2006

13. Asyl für Uiguren: Das Innenministerium gewährt fünf chinesischen Staatsbürgern uigurischer Nationalität Asyl. Die Männer waren zu Jahresanfang aus dem US-amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo freigelassen worden, nachdem sich keine Verbindung zu Terroristen nachweisen ließ, die aber von der chinesischen Regierung weiter behauptet wird. Die Affäre hat zu einer Belastung des Verhältnisses zwischen Beijing und Tirana geführt.

16. Pashko bei Hubschrauberabsturz getötet: Der PD-Politiker Gramoz Pashko, sein Sohn und vier seiner Begleiter kommen beim Absturz eines Hubschraubers der Regierung über der Adria ums Leben. Pashko war schwer erkrankt, und seine Familie hatte auf einer Behandlung in Italien bestanden. Der am 10.2.1955 in Tirana als Enkel eines orthodoxen Bischofs und Sohn eines führenden kommunistischen Politikers geborene Wirtschaftswissenschaftler gehörte 1990 zu den Mitbegründern der PD und war in der Allparteienregierung Ylli Bufi 1991 stellvertretender Regierungschef und Wirtschaftsminister. Nach einem Zerwürfnis mit Berisha schloss er sich der Demokratischen Allianz (PAD) an und war ab 1997 Wirtschaftsberater mehrerer sozialistischer Ministerpräsidenten, kehrte aber 2005 wieder in die PD zurück. Er war Direktor einer Privatuniversität in Tirana. – Untersuchungen ergeben, dass der über 20 Jahre alte Hubschrauber nicht für Nachtflüge zugelassen war.

24. Keine Annäherung bei direkten Kosovo-Verhandlungen: Erstmals treffen in Wien die höchsten Vertreter Serbiens, Präsident Tadic und Ministerpräsident Kostunica, und Kosovos, Präsident Sejdiu und Ministerpräsident Ceku, in Anwesenheit des Chefunterhändlers Martti Ahtisaari aufeinander. Höflichkeiten werden weitgehend vermieden. Erwartungsgemäß halten beide Seiten an ihren Vorstellungen – Autonomie Kosovos innerhalb Serbiens gegen völlige Unabhängigkeit – fest.

28. Krise im Parlament verschärft sich: Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Op-

position wählt die PD in Abwesenheit der Linksfraktionen Arben Ristani in die Zentrale Wahlkommission; der vakante Sitz war von den kleineren Oppositionsfraktionen beansprucht worden. – PS-Chef Edi Rama droht mit außerparlamentarischen Protesten und droht mit einem Boykott der Kommunalwahlen.

■ August 2006

1. Lubonja leitet Rundfunkrat: Der Publizist Fatos Lubonja wird zum Vorsitzenden des Rundfunkrates gewählt.

1. Diplomatische Beziehungen mit Montenegro: Albanien und Montenegro vereinbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Albanien hatte die Unabhängigkeit Montenegros bereits am 19.6.2006 offiziell anerkannt.

8. Auseinandersetzung in Hamburg um Kosovaren-Familie: Ausgehend von einer parlamentarischen Anfrage des Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Thomas Böwer (SPD) nach den Verbindungen des Senats zu der kosovarischen Familie Osmani, die angeblich in die Organisierte Kriminalität verstrickt ist, kommt es zu Debatten um die Veröffentlichungspflicht dieser Anfrage; im Mittelpunkt steht der ehemalige Senator Mario Mettbach (Schill-Partei).

10. UÇK-Mitglieder wegen Kriegsverbrechen verurteilt: Ein internationales Gericht in Gjilan verurteilt drei UÇK-Mitglieder wegen der Entführung, Folterung und Ermordung mehrerer Kosovo-Albaner, die der Kollaboration mit den Serben verdächtig waren, in einem Gefangenenlager im Sommer 1998 zu je sieben Jahren Haft; ein Angeklagter wird freigesprochen.

11. Gjata KQZ-Chef: Die neu konstituierte Zentrale Wahlkommission wählt Çlirim Gjata zum neuen Leiter. Die Opposition bestreitet weiter die Legitimität der Kommission und wirft der Regierung vor, mit der Wahl eines PD-Kandidaten im Parlament die Rechte der Opposition missachtet zu haben. Nach Art. 154 der Verfassung werden zwei Mitglieder von der Versammlung, zwei vom Präsidenten der Republik und die drei anderen vom Obersten Justizrat gewählt; Gjata gehört in die letztere Kategorie.

14. Deutscher wird UNMIK-Chef: Der deutsche Diplomat und frühere Oberbürgermeister von Sindelfingen Joachim Rücker, der bereits bisher in der Wirtschaftsverwaltung von Kosovo gearbeitet hatte, wird mit Wirkung zum 1.9. von UN-Generalsekretär Annan zum Nachfolger des zurückgetretenen Sören Jessen Petersen ernannt. Die Vertreter der Kosovo-Regierung begrüßen die Entscheidung und würdigen Rückers bisherige Tätigkeit. Die serbische Seite wirft ihm Parteinahme zugunsten der Albaner in Eigentumsfragen vor.

14. PDK bekommt Staatssekretär: Anton Gurakuqi von der Christdemokratischen Partei wird stellvertretender Außenminister. Die in letzter Zeit erstarkte PDK war bisher nicht in der Regierung vertreten.

15. UNMIK lehnt Teilung Kosovos ab: Die UNMIK lehnt die von serbischen Politikern ins Gespräch gebrachte Teilung Kosovos ab.

15. Regierung Gruevski: Der makedonische Wahlsieger Nikola Gruevski (VMRO-DPMNE) legt dem Parlament nach den Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der PDSH, der Sozialistischen Partei (SPM), der Liberalen Partei (LP) und der Neuen Sozialdemokratischen Partei (NSDP) seine Kabinettsliste vor. Die PDSH stellt mit Imer Selmani einen der stellvertretenden Ministerpräsidenten und die vier Minister für Gesundheit (ebenfalls Imer Selmani), Bildung (Sulejman Rushiti), Kultur (Ilirian Beqiri) und Umwelt (Imer Aliu).

16. Albanien zum Verkauf angeboten: Ministerpräsident Berisha stellt in der Kabinettsitzung sein Programm „Albanien für 1 €“ vor. Um ausländische Investoren anzulocken, soll der Quadratmeterpreis für Erschließungsgelände auf 1 festgesetzt werden. – Die Initiative stößt überwiegend auf negatives Echo; Berisha wird vorgehalten, man könne dann das komplette Land für nur 28 Milliarden € kaufen.

16. Beziehungen mit Afghanistan: Die Regierung beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Islamischen Republik Afghanistan.

16. Zwerg besiegt: Albanien Fußballnationalmannschaft schlägt in

einem Freundschaftsspiel in San Marino die Gastgeber 0:3 durch Tore von Tare, Skela und Lala.

17. Serbien bietet Kosovo medizinische Hilfe: Der serbische Präsident Tadic bietet dem kosovarischen Präsidenten Sejdiu medizinische Hilfe gegen eine drohende Meningitis-Epidemie an.

22. Küstenüberwachung outgesourcet: Der US-Rüstungskonzern „Lockheed Martin“ unterschreibt einen Vertrag mit der albanischen Regierung zur Überwachung der albanischen Küste mit moderner Technik, um Schmuggel, Schleuserei und Menschenhandel zu unterbinden. Albanien zahlt 17 Mio. \$.

22. Mord an Zwangsprostituiertes: Eine aus der Gewalt ihres Zuhälters befreite 18jährige Frau wird von diesem in Klos auf offener Straße erschossen, nachdem sie auf seine Drohungen nicht eingegangen und zu ihm zurückgekehrt war. Gegen zwei Kriminalbeamte in Burrel wird wegen Amtspflichtverletzung ermittelt, die Anzeigen gegen den Zuhälter nicht bearbeitet hatten.

22. Parteiausschluss nach Ausschreitungen: Der Dorfbürgermeister von Kolsh, Abedin Oruçi, wird aus der PS ausgeschlossen, nachdem er den Bürgermeister von Kukës bei einem dienstlichen Termin beleidigt und geschlagen hatte.

22. EuGH für albanische Eigentümer: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verpflichtet die albanische Regierung, einer Familie die bereits zuerkannten 120.000 € für unter den Kommunisten verstaatlichtes Grundeigentum auszuzahlen, was bisher mit Hinweis auf Mittelknappheit verweigert worden war.

23. Xhaferi zieht sich zurück: Gegenüber der Presse erklärt der seit längerem schwer erkrankte Vorsitzende der gerade in die Regierung zurückgekehrten PDSH, Arben Xhaferi, seinen Rückzug aus der makedonischen Politik. Die Frage seiner Nachfolge lässt er offen.

26. Serbien droht mit Gesprächsboykott: Die serbische Delegation bei den Wiener Kosovo-Verhandlungen droht mit einem Boykott der Gespräche, um gegen angebliche Äußerungen

des finnischen Chefunterhändlers, des früheren Präsidenten Martti Ahtisaari, zu protestieren; er soll gesagt haben, die Serben trügen als Volk die Schuld an der Lage in Kosovo.

26. Terroranschlag gegen Serben: Gegen ein Lokal in Nord-Mitrovica, das besonders nationalistischen Serben besucht wird, wird eine Bombe geworfen; neun Menschen werden verletzt. Als Täter wird ein minderjähriger Albaner ermittelt.

26. Wieder Schüsse in Lazarat: In dem südlich von Gjirokastra gelegenen Dorf Lazarat werden in den Nachtstunden zahlreiche Schüsse aus großkalibrigen Waffen abgegeben; Verletzte gibt es offenbar nicht. Wegen der anhaltenden Trockenheit entzünden die Patronenhülsen nahe gelegenes Weideland und lösen Brandgefahr für das Kloster Dervican aus.

26. Vertrauensvotum für Gruvski: Die Sobranje spricht mit 68 gegen 22 Stimmen der Regierung Gruvski das Vertrauen aus; 17 Abgeordnete des BDI und der PPD boykottieren die Sitzung.

30. Vereinbarung der großen Parteien: Nach Wochen der politischen Blockade im Parlament unterzeichnen je drei Vertreter von PD und PS eine Vereinbarung. Danach soll u.a. durch eine Verfassungsänderung die Zentrale Wahlkommission von 7 auf 9 Mitglieder erweitert werden, da die Besetzung weiterhin strittig ist. Die Vereinbarung soll die Kommunalwahlen absichern, die vermutlich im Frühjahr stattfinden.

■ September 2006

1. Deutsche an Spitzenpositionen in Kosovo: Joachim Rucker tritt sein Amt als vermutlich letzter Chef der UN-Verwaltung in Kosovo (UNMIK) an. Gleichzeitig übernimmt der deutsche Generalleutnant Roland Kather das Kommando der KFOR; an der Zeremonie nimmt auch Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) teil..

2. Unentschieden in Minsk: Die Nationalmannschaft Albaniens trennt sich im ersten Spiel zum Fußball-EM 2006 von Weißrussland in Minsk mit

2:2; Skela und Hasi sind die albanischen Torschützen.

2. Sender aus Kulturzentrum verbannt: Das Internationale Kulturzentrum (frühere „Hoxha-Pyramide“) soll neu strukturiert werden; dazu kündigt die Regierung die bestehenden Mietverträge, u.a. mit Privatsendern wie „Top Channel“. Berisha will insbesondere für das Theater, die Nationalbibliothek und Kunstgalerien und auch für internationale Einrichtungen neue Räumlichkeiten finden.

2. Grab Hoxhas erneut geschändet: Enver Hoxhas Witwe Nexhmije erstattet Strafanzeige wegen der erneuten Beschädigung des Grabes ihres Mannes in Sharra vor zehn Tagen; nach ihren Angaben werde das Grab jährlich schwer beschädigt.

5. Ehemaliger US-Sicherheitsminister berät Regierung: Ministerpräsident Berisha präsentiert Tom Ridge als neuen Berater der Regierung für Fragen der Sicherheit und der euro-atlantischen (sic!) Integration. Der 1946 geborene Ridge war 2001-2005 Minister für Heimatschutz (eine nach dem 11.9.2001 eingerichtete Behörde); der frühere Gouverneur von Pennsylvania gilt als Vertreter des rechten Flügels der Republikanischen Partei.

6. Will Nano die PS spalten?: Der frühere PS-Chef und Ministerpräsident kündigt sein Ausscheiden aus der sozialistischen Parlamentsfraktion an und kritisiert die angeblich autoritäre Führung seines Nachfolgers Edi Rama, dessen „Vasall“ er auf keinen Fall sein wolle. Nano nahestehende Politiker kündigen eine neue innerparteiliche Bewegung zur „Katharsis“ der PS an (unter diesem Motto hatte Nano 2002 Ilir Meta zu Fall gebracht). Einen Parteiaustritt lehnen sie ab. Nano lässt offen, ob er als Präsident kandidieren will. Die Auseinandersetzungen weiten sich zu einem Führungsstreit im sozialistischen Jugendverband FRESSH aus, dessen Chef Gjergj Koja ein Verbündeter Nanos ist.

7. 0:2-Blamage bei EM-Qualifikation: Albanien verliert sein Heimspiel gegen Rumänien bei der EM-Qualifikation in Tirana mit 0:2.

Postleitzahlen für albanische Bezirke

Nun hat also auch Albanien seine Postleitzahlen: In Anwesenheit der Direktoren der albanischen, kosovarischen und makedonischen Post verkündete Ministerpräsident Sali Berisha Anfang Oktober das neue Postleitzahlensystem in Albanien, das für die 33 Bezirke eine PLZ aus jeweils vier Ziffern festlegt.

Tirana	1000
Kruja	1500
Durrësi	2000
Kavaja	2500
Elbasan	3000
Gramsh	3300
Librazhd	3400
Peqini	3500
Shkodra	4000
M. e Madhe	4300
Puka	4400
Lezha	4500
Mirdita	4600
Laç	4700
Berati	5000
Kuçovca	5300
Skrapar	5400
Gjirokastra	6000
Tepelena	6300
Përmet	6400
Korça	7000
Progradeci	7300
Erseka	7400
Mat	8000
Peshkopia	8300
Bulqiza	8400
Kukës	8500
Has	8600
Tropoja	8700
Lushnja	9000
Fier	9300
Vlora	9400
Saranda	9700
Transit	1700

Bei dieser Gelegenheit brachte der zuständige Minister Lulzim Basha seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass in den albanischen Städten immer noch zahlreiche Strassen keine Namen haben. Dieser Zustand müsse möglichst rasch von den örtlichen Behörden beseitigt werden.

Arqile Gorrea, Direktor der albanischen Post, geht davon aus, dass es ein Jahr dauern wird, bis alle Bürger mit dem neuen System vertraut sind.

Neuer Flop für Albanien beim Eurovision Song Contest

Der dritte Auftritt Albaniens beim ESC (dem früheren Grand Prix d'Eurovision) war noch erfolgloser als im Vorjahr. 2004 hatte Ledina Çelo, die wegen des hervorragenden Abschneidens ihrer Vorgängerin Anjeza Shahini nicht für die Endrunde qualifizieren musste, nur einen wenig beeindruckenden 16. Platz (von insgesamt 24) mit 53 Punkten errungen.

Das bedeutete, dass Luiz Ejlli sich am 18.5.2006 mit 22 Konkurrenten einem Telefon-Voting stellen musste. Er wurde am 12.7.1985 in Shkodra geboren und nahm schon als Kind erfolgreich an Gesangswettbewerben teil. In den letzten Jahren hatte er Erfolge bei Schlagerfestivals und Talentshows im Fernsehen. Am 18.12.2005 gewann er mit „Zjarr e ftohtë“ (Feuer und Kälte; Text: Florian Kondi; Musik: Klodian Qafoku) die Qualifikation für Athen.

Das in Musik und Präsentation langweilige Stück war auch nicht durch die Mitwirkung labischer Volkssänger zu retten; praktisch alle südosteuropäischen Länder bemühten den guten alten Ethnopop, meist mit Erfolg, außer Albanien scheiterte nur Bulgarien im Halbfinale. So war es keine Überraschung, dass Luiz Ejlli sich nicht unter den zehn Teilnehmern der Endrunde befand; demnach muss Albanien sich auch

2007 dem Halbfinale stellen. Unter den 23 Halbfinalisten (Serbien-Montenegro hatte seine Teilnahme nach Protesten gegen die Nominierung einer montenegrinischen Gruppe abgesagt, durfte sich aber am Voting beteiligen) nahm Albanien mit 58 Punkten den 14. Platz ein.

Diese kamen aus: Makedonien (12), Schweiz (10), Kroatien (7), Griechenland (7), Bosnien (5), Deutschland (3), Norwegen (3), Türkei (3), Großbritannien (2), Russland (2), Schweden (2), Armenien (1), Slowenien (1).

Die albanischen Zuschauer voteten im Halbfinale so: Makedonien (12), Bosnien (10), Bulgarien (8), Slowenien (7), Türkei (6), Schweden (5), Zypern (4), Armenien (3), Niederlande (2), Irland (1).

Im Finale (Sieger wurde die finnische Gruppe „Lordi“ mit 292 Punkten) gingen die albanischen Punkte an: Bosnien (12), Schweden (10), Griechenland (8), Türkei (7), Spanien (6), Deutschland (5), Russland (4), Makedonien (3), Rumänien (2), Malta (1 – der einzige Punkte, den Malta überhaupt erhielt).

Wie schon 2004 und 2005 unterstützten die Länder mit starken albanischen (und kosovarischen) Migrantenkommunitäten sowie die mit albanischen Bevölkerungsanteilen loyal „ihren“ Vertreter. Kosovo wird offenbar nicht mehr auf das Konto von Serbien-Montenegro gerechnet, da aus diesem Land keine Punkte für Luiz Ejlli kamen; sonst entspricht das Bild im Wesentlichen dem Vorjahr.

Auch die Albaner konzentrieren ihre Sympathien wie bisher in der südosteuropäischen Region. Auffallend ist der starke Rückgang der Unterstützung, die Makedonien aus Albanien erhielt, zwischen dem Halbfinale und dem Finale.

(Quelle: www.eurovision.tv)

Stadtverwaltung von Tirana eröffnet Altenbegegnungsstätte

Anlässlich des Internationalen Tages der älteren Menschen eröffnete die Stadtverwaltung Tirana in Zusammenarbeit mit dem albanischen Roten Kreuz Tirana eine Tagesstätte für ältere Menschen, in der diesen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung wie auch soziale Dienste angeboten werden. Während das Gebäude in der Verwaltungseinheit Nr. 7 vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellt worden ist, werden die laufenden Kosten von der Stadt getragen werden.

Die Besucher des Zentrums können u.a. bei einer kostenlosen Tasse Tee oder Kaffee die Tagespresse lesen. Außerdem ist ein ärztlicher Dienst vorhanden, und bedürftige Personen erhalten am Monatsende ein Lebensmittelpaket. Darüber hinaus werden Exkursionen in- und außerhalb Tiranas angeboten sowie Veranstaltungen z.B. mit Ärzten, Psychologen und Vertretern der Sozialversicherung angeboten.

Ältere Menschen im Stadtviertel, die nicht in der Lage sind, die Begegnungsstätte aufzusuchen, können von den Sozialarbeitern des Zentrums betreut werden.

In Kooperation mit der Weltbank plant die Stadtverwaltung die Errichtung einer ganzen Reihe solcher Zentren in verschiedenen Stadtbezirken.

Pressefreiheit in Albanien bedroht?

Die NGO „Reporter ohne Grenzen“ gibt seit zwei Jahren eine jährliche Rangliste der Staaten nach dem Grad der Pressefreiheit heraus. Grundlage ist ein Fragebogen mit verschiedenen Kriterien wie Übergriffe gegen Journalisten (man denke an den Mord an der russischen Journalistin Olga Politkovskaja) und Zeitungen, Nichtverfolgung der Verletzung der Pressefreiheit, repressive Bestimmungen und Praktiken etc. Die sich daraus ergebende Negativpunktzahl ergibt die Reihenfolge.

Dass Nordkorea mit Platz 168 den schlechtesten Wert hat, wird niemanden überraschen, ebenso wenig, dass sich Finnland, Island, Irland und die Niederlande Platz 1 teilen, eher schon, dass Deutschland jetzt auf Platz 23 abgerutscht ist.

Albanien findet sich dieses Jahr mit dem Emirat Qatar auf Platz 80 wieder, hinter Makedonien und Serbien-Montenegro (beide auf Platz 45) und Kosovo (Platz 70). 2005 lag Albanien noch auf Platz 50, direkt hinter Makedonien (Platz 49), weit vor Serbien-Montenegro (Platz 77). 2003 hatte Albanien sogar Platz 35 eingenommen, vor Makedonien (Platz 51) und Serbien-Montenegro (Platz 85).

Aus den Materialien geht nicht hervor, warum Albanien sich so dramatisch verschlechtert, auch im regionalen Vergleich. An Struktur und Rechtsrahmen der Presse hat sich nichts Wesentliches geändert. Übergriffe gegen Journalisten hat es auch in der Vergangenheit gegeben, und die Abhängigkeit fast aller Zeitungen von Wirtschaftsinteressen ist nichts Neues. Es wäre interessant, eine Begründung seitens „Reporter ohne Grenzen“ zu erfahren.

UNICEF zur Kinderarmut

Das „Innocenti Research Centre“ der UNICEF hat im Oktober 2006 einen Bericht zur Kinderarmut in Südosteuropa und den GUS-Staaten veröffentlicht. Wie nicht anders zu erwarten, sind die Daten für Albanien alles andere als günstig.

Danach lebten 2002-2003 24 % aller Albaner, aber 30 % der Kinder unterhalb der Armutsgrenze, die auf ein Pro-Kopf-Einkommen von 2,15 \$ angesetzt wird. In Europa hat nur Moldawien mit 43 bzw. 53 % einen schlechteren Wert, Bosnien, Makedonien, Serbien-Montenegro und Bulgarien haben für beide Gruppen einen Wert unter 10 %.

Es gibt ein klares Stadt-Land-Gefälle: 30,3 % der Kinder auf dem Dorf sind arm, 21,9 % der Stadtkinder und 18,3 % der Kinder in Tirana.

UNICEF hat die Kindersterblichkeit der unter 5-Jährigen untersucht. 1990 lag sie in Albanien bei 45 auf 1.000 lebend Geborene, 1995 bei 34, 2000 bei 25 und 2003 bei 21, dem Wert Russlands. Immerhin ist der Rückgang deutlich, während manche mittelasiatische Länder sogar einen Zuwachs auf weit höherem Level zu beklagen haben.

Unter- und Fehlernährung ist ein wichtiges Kriterium; sie führt besonders in Albanien zu Wachstumsrückständen. Bei den unter 5-Jährigen in der Stadt sind 24 % für ihr Alter zu klein, auf dem Land sind es sogar 37 %! Das sind die mit Abstand schlechtesten Werte aller Länder, die dafür Daten geliefert haben; Serbien-Montenegro mit 4/6 % und Makedonien mit 6/8 % haben die günstigsten. Warum ausgerechnet Albanien hier so extrem schlecht abschneidet, wird nur pauschal mit einem Zusammenwirken von Erreichbarkeit von Nahrungsmitteln, Ernährungspraxis und schlechter Hygiene begründet.

Arme Kinder gehen nicht in den Kindergarten: 46 % der albanischen Kinder aus dem untersten Einkommensviertel und 21 % der Dorfkinder besuchen ihn nicht, während Kinder aus wohlhabenden und städtischen Familien überrepräsentiert sind.

Das setzt sich beim Schulbesuch – trotz Schulpflicht – fort: Schon bei der erweiterten PISA-Studie vor

drei Jahren wurde ein erschreckend hohes Maß an Kindern und Jugendlichen festgestellt, die keine Schule besuchen. Unter den 15-17jährigen Jugendlichen besuchen nur noch 47,6 % die Schule, aus Familien mit 3 und mehr Kindern sind es nur 34,3 %.

Sehr viele Kinder, besonders auf dem Lande, leben in überbevölkerten Wohnungen (d.h. mehr als drei Personen pro Wohnraum) ohne Wasseranschluss, die mit abgasreichem Petroleum heizen müssen.

Albanien hat nach 1991 seine öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen drastisch reduziert. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ging von 4,8 % auf 1,8 % (Tendenz wieder steigend) zurück; das sind nur 153 \$ pro Einwohner. Kompensiert wird dies dadurch, dass 53 % der Ausgaben für Gesundheit von den Privatleuten getragen werden.

Die detaillierten Daten sind unter www.unicef-irc.org und www.unicef.org/irc nachzulesen.

Memorandum gegen Korruption

Auf Initiative der Bewegung MJAFT ist mit Unterstützung der Gesellschaft „Junge Intellektuelle, Hoffnung“ ein Memorandum mit der Universität Shkodra zur Bekämpfung der Korruption an der Hochschule unterzeichnet worden.

In diesem 6-Punkte-Memorandum bekunden die Bewegung MJAFT und die Universität „Luigj Gurakuqi“ ihren Willen, sich gemeinsam für öffentliche Transparenz an der Universität einzusetzen und den Kampf gegen die Praktiken der Korruption an der Hochschule zu intensivieren, um so das Vertrauen in die Institution wiederherzustellen.

Konkret soll den Studenten die Möglichkeit gegeben werden, über Fälle von Korruption in einer Art Beschwerdekasten“ zu informieren. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Rektorats, der Pädagogen und Studenten, wird diese Fälle dann prüfen und gegebenenfalls weitere Schritte einleiten.

Das mit der Universität Shkodra unterzeichnete Memorandum ist das zweite dieser Art, nachdem ein solches bereits mit der Universität Tirana unterzeichnet worden ist.

Nach den makedonischen Wahlen

Durch den frühen Redaktionsschluss für die verspätet erschienenen Albanischen Hefte 2/2006 war in unserem Bericht die Frage der Koalitionsbildung offen geblieben. Auch hatte das Oberste Gericht nach Wahlanfechtungen Neuauszählungen und Neuwahlen in einigen Gemeinden im albanisch dominierten Nordwesten (Bogovinje, Brvenica, Gostivar, Struga, Studeniçani, Tearce) angeordnet, die am 19.7.2006

stattfanden und die Prozentzahlen und die Mandatsverteilung veränderten. Der BDI verlor ein Mandat der ursprünglich 18 nach dem vorläufigen Ergebnis, das Bündnis „Besseres Makedonien“ unter Führung der VMRO-DPMNE gewann einen hinzu und kam jetzt auf 45 Sitze.

Das amtliche Endergebnis änderte sich gegenüber den Zahlen in der letzten Nummer wie folgt:

Partei	%	Sitze
Sozialdemokratischer Bund (SDSM)	23,3	32
Neue Sozialdemokratische Partei (NSDP)	6,0	7
Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der Makedonischen Volkseinheit (VMRO-DPMNE) (in Listenverbindung mit Sozialistischer Partei, Liberaler Partei u.a.)	„Besseres Makedonien“ 32,5	45
IMRO-Volkspartei (VMRO-NP)	6,1	6
Demokratische Partei der Albaner (PDSH)	7,5	11
Demokratischer Bund für Integration (BDI) mit Partei der Demokratischen Prosperität (PPD)	12,1	17
Demokratischer Wiederaufbau Makedoniens (DOM)	1,9	1
Partei der Europäischen Zukunft (PEI)	1,2	1
Insgesamt		120

Die Listenverbindung BDI-PDP holte im Wahlbezirk 1 zwei Mandate (Rafiz Aliti, Blerim Bexheti), im Wahlbezirk 2 drei Mandate (Sadullah Duraku, Safet Nezirovic, Zimrete Jakupi), im Wahlbezirk 5 zwei Sitze (Fazlli Veliu, Tahir Hani) und im Wahlbezirk 6 zehn Sitze (Ali Ahmeti, Abdyladi Vejseli, Teuta Arifi, Adnan Jashari, Xhevat Ademi, Selviqe Salju, Fadil Sylejmani, Aziz Polozhani, Ajshe Selmani, Agron Buxhaku).

Die PDSH holte im Bezirk 1 zwei Sitze (Menduh Thaçi, Imer Selmani), im Wahlbezirk 2 zwei Mandate (Naser Ajdini, Flora Kadriu), im Bezirk 5 eines (Garip Kaba) und im Bezirk 6 sechs Sitze (Arben Xhaferi, Ruzhdi Matoshi, Elmaze Selmani, Besim Dogani, Daut Rexhepi, Vlora Mehmeti).

Der Wahlsieger Nikola Gruevski von der VMRO-DPMNE hatte nach den Wahlen vom 5.7.2006 zwar Sondierungsverhandlungen mit allen albanischen Parteien geführt. Die Tendenz lief von vornherein in Richtung von Arben Xhaferis PDSH, mit der die VMRO bereits zwischen 1998 und 2002 koalitiert hatte. Gerade die Tatsache, dass die PDSH mit der VMRO keine absolute Mehrheit zusammenbringt, macht sie zu einem preiswerteren Partner als den BDI. Gruevski ließ sich am 28.7. offiziell von Präsident Branko Crvenkovski (SDSM) mit der Regierungsbildung beauftragen und teilte bei dieser Gelegenheit offiziell mit, dass die Demokratische Union für Integration (BDI) nicht in die Regierung eingebunden würde.

Regionalisierte Ergebnisse der wichtigsten Parteien in Prozent (in Klammern die Anteile von 2002)

Partei	Bezirk 1	Bezirk 2	Bezirk 3	Bezirk 4	Bezirk 5	Bezirk 6
„Gemeinsam“ (SDSM u.a.)	22,4 (47,7)	19,9 (40,3)	28,0 (45,7)	32,2 (48,9)	24,6 (41,6)	9,4 (16,0)
Koalition VMRO u.a.	31,2 (18,3)	27,1 (18,0)	41,8 (34,0)	44,9 (37,7)	36,6 (30,4)	8,2 (6,0)
BDI-PPD	10,9 (12,2)	13,3 (15,2)	1,6 (1,0)	-- (--)	8,8 (11,5)	44,1 (49,3)
PDSH	8,5 (5,2)	8,6 (5,5)	0,4 (0,6)	-- (--)	5,0 (4,4)	26,3 (16,8)
VMRO-NP	4,8 (--)	6,2 (--)	9,1 (--)	6,6 (--)	7,2 (--)	2,0 (--)
NSDP	8,1 (--)	7,5 (--)	7,3 (--)	4,2 (--)	6,0 (--)	3,2 (--)

(Für 2002 werden die addierten Ergebnisse von BDI und PPD angegeben, die damals getrennt antraten. Zu den Grenzen der Wahlbezirke s. AH 2/2006.) Quelle: Homepage der Staatlichen Wahlkommission DIK (www.sec.mk)

Der BDI antwortete mit heftigen Protesten, Demonstrationen und Straßenblockaden. Er bestand auf seiner Regierungsteilnahme aus zwei Gründen: Erstens habe er mit 12,2 % die höherer demokratische Legitimation durch die albanische Bevölkerung als die PDSH, die nur auf 7,5 % gekommen war. Zweitens sei der BDI als politischer Nachfolger der Nationalen Befreiungsarmee UÇK Beteiligter am Ohrid-Abkommen (das seinerzeit von der VMRO bekämpft wurde), so dass seine Ausbootung aus der Regierung den inneren Friedensprozess in Frage stelle. Nicht übersehen werden darf, dass die Teilhabe an der Regierungsverantwortung den Parteien die Möglichkeit verschafft, ihren Parteikadern wichtige Posten zu verschaffen und etwas für ihre spezifische Wählerklientel zu tun.

Mit letzterer Argumentation versuchte der BDI, über die westlichen Diplomaten Einfluss auf Gruevski auszuüben. Einerseits hatten diese Angst vor einer erneuten Radikalisierung der UÇK-Nachfolgepartei, andererseits sieht das Ohrid-Abkommen nicht vor, dass die stärkste albanische Partei in die Regierung eingebunden werden muss. So mussten sie schließlich den Ball an den BDI zurückspielen und ihm deutlich machen, dass die Regeln des Parlamentarismus auch für ihn gelten müssten. Im Übrigen kann der BDI in Fragen, die für die albanische Bevölkerung wichtig sind, nicht majorisiert werden, weil vorgesehen ist, dass entsprechende Parlamentsbeschlüsse einer doppelten Mehrheit sowohl aller Abgeordneten als auch der albanischen Parlamentarier bedürfen. Das schafft für die größte Partei der Albaner natürlich einen Anreiz zur Obstruktion. Die Verhandlungen zogen sich bis Mitte August hin. Die VMRO-DPMNE band neben der PDSH zwei kleinere Parteien aus seinem Wahlbündnis mit Ministerämtern ein; die kleineren Parteien erhalten untergeordnete, aber materiell interessante Posten. Am 15. August legte Gruevski dem Parlament, zu dessen Präsidenten am 1.8.2006 der VMRO-Abgeordnete Ljubisa

Georgievski (nicht zu verwechseln mit dem früheren Regierungschef Ljubco Georgievski) gewählt wurde, seine Kabinettsliste vor. Die große Mehrzahl der Minister kommt aus seiner eigenen Partei, die Sozialisten und die Liberalen dürfen als wichtigere Bestandteile des siegreichen Wahlbündnisses je einen Minister entsenden, die Neue Sozialdemokratische Partei (NSDP) zwei. Für die PDSH bleiben vier Minister (darunter einer der vier Vizepremier) übrig, darunter im wichtigen Bildungsressort. Die neue Koalition verfügt über eine nicht sehr breite Mehrheit von 63 Sitzen, doch hat die VMRO-NP eine Tolerierung in Aussicht gestellt, so dass ihr die Sobranje am 26.8.2006 mit 68 Stimmen das Vertrauen aussprach.

Ministerpräsident:

Nikola Gruevski (VMRO-DPMNE)

Stellv. Ministerpräsidenten: Zoran Stavrevski (VMRO, zuständig für Wirtschaft), Imer Selmani (PDSH, zust. für die Umsetzung des Ohrid-Abkommens), Gabriella Konevska-Trajkovska (VMRO, zust. für europäische Integration), Zhivko Jankulovski (NSDP, zust. für Landwirtschaft und Bildung)

Min. ohne Geschäftsbereich: Gligor Tashkovic, Vele Simak (beide VMRO)

Äußeres: Antonio Milososki (VMRO)

Finanzen: Trajko Slavevski (VMRO)

Innere: Gordana Jankulovska (VMRO)

Justiz: Mihajlo Manevski (VMRO)

Verkehr: Mile Janakievski (VMRO)

Kommunalverwaltung: Zoran Konjarovski (VMRO)

Verteidigung: Lazar Elenovski (NSDP)

Wirtschaft: Vera Rafajlovska (NSDP)

Landwirtschaft: Ace Spasenoski (SPM)

Arbeit und Soziales: Lupço Meskov (LP)

Gesundheit: Imer Selmani (PDSH)

Bildung: Sulejman Rushiti (PDSH)

Kultur: Ilirian Beqiri (PDSH)

Umwelt: Imer Aliu (PDSH)

In seiner Regierungserklärung konzentrierte sich Gruevski auf die Wirtschaftspolitik. Das Wachstum soll durch Steuersenkungen, die Liberalisierung der Märkte und Investitionen in die Landwirtschaft angekurbelt werden. Eine Schlüsselrolle soll – ähnlich wie in Albanien – ausländischen Investoren, auch aus der

makedonischen Diaspora zukommen. Der abgewählte sozialdemokratische Ministerpräsident Vlado Buckovski warnte die Regierung vor einer rein ökonomistischen Politik. Makedoniens Zukunft hänge ebenso von einem interethnischen Ausgleich ab, den Gruevski mit der Ausgrenzung des BDI gefährde.

Die neue Regierung vertritt wie ihre Vorgängerin eine klare Westorientierung, wobei die Partnerschaft mit Bulgarien ein klassisches VMRO-Thema ist; da Bulgarien 2007 EU-Mitglied sein wird, wird von Sofia die Rolle des Türöffners erwartet. Es wird mit Sorge registriert, dass die deutsche Bundeskanzlerin sich gegen eine weitere EU-Ausdehnung ausgesprochen hat.

Nach ihrem Wiedereintritt in die Regierung wird die PDSH ihre schrille Rhetorik über eine Teilung Makedoniens ebenso zu den Akten legen, wie sie in der Koalition mit Georgievski zwischen 1998 und 2002 zunächst einiges für die Verbesserung der politischen Situation der Albaner in der jungen Balkanrepublik herausgeholt hatte. Die Parteien der neuen Koalition haben bereits mit einer Politik des spoils system begonnen, besetzen also alle erreichbaren Positionen mit ihren Parteigängern und setzen die Anhänger der abgewählten Regierung vor die Tür. Die heftigen Reaktionen des organisatorisch starken BDI auf seine Ausbootung lassen befürchten, dass sich die UÇK-Nachfolgepartei in der Opposition radikalieren wird.

Ali Ahmeti beantwortete eine Einladung des Regierungschefs zu einem Gespräch mit einer Aufforderung an Gruevski (unter Vermeidung des Titels Ministerpräsident), nach Shipkovic, dem seinerzeitigen Standort des Generalstabs der UÇK, zu kommen und dort die Fragen, die für die Albaner besonders wichtig seien, zu debattieren. Es wurde mit Interesse vermittelt, dass Ahmetis Juniorpartner, der Chef der PPD, Abdyladi Vejseli, ein Gesprächsangebot Gruevskis wahrnahm.

Michael Schmidt-Neke



Die Parteien der albanischen Minderheit in Montenegro und die Wahlen vom 10.09.2006:

Ergebnisse und neue politische Konstellationen

Gut drei Monate nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitsreferendum vom 21.05.2006 fanden in Montenegro am 10.09.2006 Parlaments- sowie in 13 der insgesamt 21 montenegrinischen Kommunen zusätzlich parallele Kommunal- und Bürgermeisterwahlen statt. Darüber hinaus wurde erstmals auch in den neuen so genannten „Urbanen Kommunen“ Tuzi und Golubovci jeweils ein eigenes Kommunalparlament gewählt.

Anfang Dezember 2005 hatte die zu knapp 80 Prozent von Albanern bewohnte Ortschaft Tuzi durch ein Gesetz, das vom montenegrinischen Parlament verabschiedet worden war, den bis dato unbekannt Status einer Art „Sub-Kommune“ (offizielle Bezeichnung/Übersetzung: „Urbane Kommune“) erhalten. Gemäß dem Gesetz bleibt Tuzi, das 1956 von Podgorica (Titograd) eingemeindet worden war, zwar rechtlicher Bestandteil der Kommune Podgorica, erhält jedoch einen eigenen Bürgermeister, ein eigenes Kommunalparlament usw., jedoch

keinen eigenen Haushalt. Neben Tuzi erhielt auch die Ortschaft Golubovci den neuen Status einer „Urbanen Kommune“.

Durch den erwähnten neuen kommunalrechtlichen Sonderstatus von Tuzi und Golubovci fanden in den beiden „Urbanen Kommunen“ am 10.09.2006 vier (parallele bzw. getrennte) Wahlgänge statt. So konnten die Wähler in den beiden Ortschaften über die Zusammensetzung des neuen montenegrinischen Parlaments sowie (erstmalig) des jeweils eigenen örtlichen (Unter-) Kommunalparlaments ihrer „Urbanen Kommune“ abstimmen. Bedingt durch die weitere rechtliche Zugehörigkeit der beiden „Urbanen Kommunen“ zur (Groß-) Gemeinde Podgorica konnten die Wähler darüber hinaus jedoch auch an den Wahlen für das Kommunalparlament der Landeshauptstadt sowie an der Wahl zum Bürgermeister Podgoricas teilnehmen.

Im Gegensatz zu den „normalen“ Kommunen, in denen der

Bürgermeister gemäß dem aktuellen montenegrinischen Kommunalgesetz direkt durch die Bevölkerung gewählt wird, sehen die rechtlichen Bestimmungen von Ende 2005 über die Schaffung von „Urbanen Kommunen“ keine Direktwahl eines Bürgermeisters in den (derzeit zwei) „Sub-Kommunen“ vor. Vielmehr obliegt es in diesem Fall dem (Unter-) Kommunalparlament der „Urbanen Kommune“, einen Bürgermeister zu bestimmen.

Koalitionen und Listenverbindungen der albanischen (Regional-) Parteien

Bei dem Urnengang am 10.09.2006 in Montenegro gingen nicht wenige Parteien und politische Gruppierungen auf nationaler (Parlamentswahl) und kommunaler Ebene (Kommunal- und Bürgermeisterwahlen) jeweils unterschiedliche Bündnisse und Listenverbindungen ein, die vor Ort lokale Besonderheiten berücksichtigen,

jedoch in der Konsequenz zu einer nur mühsam zu überblickenden Vielfalt von „Bündnis- und Listenvariationen“ führte, was zum Teil auch für die albanischen Wahlsubjekte galt.

Im Fall der ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien Montenegros stellte sich die Ausgangslage vor den Wahlen daher wie folgt dar:

Parlamentswahl:

Bei den Parlamentswahlen kandidierten auf nationaler Ebene insgesamt zwölf politische Subjekte. Von Seiten der Albaner nahmen vier politische Subjekte an den Parlamentswahlen teil, d.h. kandidierten somit landesweit in ganz Montenegro.

Dabei handelte es sich um

- die gemeinsame Liste („Koalition“) der „Demokratische Liga Montenegros“ (LDMZ) und der „Partei für demokratische Prosperität“ (PPD); 4. Listenplatz
- die „Albanische Alternative“; 6. Listenplatz
- die „Neue demokratische Kraft“ (FORCA); 8. Listenplatz
- die „Demokratische Union der Albaner“ (UDSH); 11. Listenplatz

Darüber hinaus waren, wie schon im Jahr 2002, auf der Landesliste der regierenden DPS („Demokratische Partei der Sozialisten“) einige Albaner berücksichtigt worden, so etwa auf dem (abgesicherten) Listenplatz 27 der (albanische) Bezirksvorsitzende der DPS in Ulqin, Luigj Shkrela, der auch bereits in der vergangenen Legislaturperiode dem montenegrinischen Parlament angehört hatte.

Kommunal- und Bürgermeisterwahlen:

Bei den parallelen Kommunal- und Bürgermeisterwahlen gab es – in den Kommunen mit albanischem Bevölkerungsanteil – folgende Ausgangslage:

Ulqin: Bei der Kommunalwahl (Kommunalparlament umfasst 33 Sitze) kandidierten sieben Subjekte darunter folgende albanische Gruppie-

rungen bzw. Listenverbindungen mit albanischer Beteiligung:

- gemeinsame Liste („Koalition“) der LDMZ und PPD; 2. Listenplatz
- „Bürgerliste Dr. Isat Jakupi“ ; 3. Listenplatz
- die „Demokratische Vereinigung der Albaner in Montenegro“ (BDSHMZ); 4. Listenplatz
- FORCA; 5. Listenplatz
- gemeinsame Liste („Koalition“) der UDSH, DPS und SDP („Sozialdemokratische Partei“) ; 11. Listenplatz

Von Seiten der nichtalbanischen Parteien kandidierten in Ulqin schließlich auf dem 1. Listenplatz die „Serbische Liste Andrija Mandi“, ein Zusammenschluss der SNS („Serbische Volkspartei“), der SRS („Serbische Radikale Partei“) sowie weiterer kleinerer serbischer Parteien, die auf Republikebene mit zwölf Mandaten und 14,37 % die stärkste Oppositionspartei stellen wird, sowie auf dem 7. Listenplatz die SNP („Sozialistische Volkspartei“), die bei der Kommunalwahl in Uqin – anders als auf Republikebene – allein, das heißt hier ohne ihre Bündnispartner (Listenverbindung bei Parlamentswahl) DSS („Demokratische serbische Partei“) und NS („Volkspartei“), antrat.

Bei den Bürgermeisterwahlen in Ulqin kandidierten fünf Kandidaten:

- Liljana Djurashkovic
„Serbische Liste Andrija Mandic“
- Nazif Cungu
FORCA
- Skender Hoxha
BDSHMZ
- Gëzim Hajdinaga
UDSH, DPS, SDP
- Tahir Tahiri
LDMZ, PPD

In der „Urbanen Kommune“ Tuzi kandidierten für die erstmalige Wahl des neuen, eigenes (Unter-) Kommunalparlaments (21 Sitze) folgende

zwei albanische Subjekte: bzw. Listengemeinschaften mit albanischer Beteiligung:

- gemeinsame Liste („Koalition“) der „Albanischen Alternative“ und der LDMZ
- gemeinsame Liste („Koalition“) der UDSH und DPS (hier ohne SDP)

Darüber hinaus traten seitens der albanischen Parteien bei den Kommunalwahlen die LDMZ (hier jeweils allein ohne Bündnispartner resp. Listenverbindung) noch in Plave sowie in der Hafenstadt Bar an. In Rozaja hatte die LDMZ einen eigenen Kandidaten auf der Liste der SDP (hier ohne DPS) „geparkt“ und trat daher als eigenständiges Wahlsubjekt nicht in Erscheinung. In Plave kandidierte schließlich auch noch die UDSH, hier allerdings alleine d.h. getrennt von der DPS.

Insgesamt ergab sich daher hinsichtlich der albanischen politischen Parteien und Gruppierungen folgendes Bild:

LDMZ: 1.) Gemeinsame Kandidatur (Liste) mit der PPD auf nationaler Ebene bei den montenegrinischen Parlamentswahlen sowie bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen in Ulqin. 2.) Wahlbündnis der LDMZ mit der „Albanischen Alternative“ in Tuzi. 3.) Alleinige Kandidatur der LDMZ in Bar sowie in Plave. 4.) Ein „geparkter“ LDMZ-Kandidat auf der SDP-Liste in Rozaja.

UDSH: 1.) Alleinige Kandidatur auf nationaler Ebene bei den Parlamentswahlen. Gemeinsame Liste UDSH und DPS (in Ulqin darüber hinaus unter Einschluss der SDP) bei den Kommunalwahlen in Ulqin und Tuzi. Alleinige UDSH-Liste bei der Kommunalwahl in Pl

„Albanische Alternative“: 1.) Alleinige Kandidatur auf nationaler Ebene bei den Parlamentswahlen. 2.) Wahlbündnis (gemeinsame Liste) mit der LDMZ bei der Kommunalwahl in Tuzi.

„Neue demokratische Kraft“ (FORCA): Jeweils alleinige Kandidatur auf nationaler Ebene bei den Parlaments-

wahlen sowie bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen in Ulqin.

BDSHMZ: Jeweils alleinige Kandidatur bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen in Ulqin (keine Teilnahme an Parlamentswahl).

„Bürgerliste Dr. Isat Jakupi“: Alleinige Kandidatur lediglich bei den Kommunalwahlen in Ulqin (nicht Bürgermeisterwahl).

PPD: Keine eigenständige Wahlteilnahme. Auf nationaler Ebene (Parlamentswahl) sowie bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen in Ulqin gemeinsame Liste (Bündnis) mit der LDMZ.

Im Blick auf die unterschiedlichen Listen- und Bündniskonstellationen der albanischen Parteien und Gruppierungen bei den parallelen Urnengängen am 10.09.2006 fällt folgendes auf: zunächst verdient in diesem Zusammenhang auf nationaler Ebene (Parlamentswahl) das faktische Ende der bisherigen „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ (bisheriges Wahlbündnis der LDMZ, UDSH und PPD) größere Aufmerksamkeit.

Bekanntlich traten die drei erwähnten albanischen Parteien bei den Parlamentswahlen von vor vier Jahren (20.10.2002) nicht eigenständig an. Nach langen und mühsamen Verhandlungen hatten sich die Vorsitzenden der damals noch drei albanischen Parteien LDMZ, UDSH und PPD am 03.09.2002 auf eine gemeinsame Liste („Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“) geeinigt, wobei die ersten drei Listenplätze gemäß der Größe der Parteien besetzt wurden. Bei den Wahlen am 20.10.2002 konnte die albanische Koalition jedoch entgegen den eigenen Erwartungen lediglich zwei Sitze erringen. Für einen dritten Sitz, der an die PPD gegangen wäre, fehlten etwa 400 Stimmen, da in weitaus größerem Umfang, als prognostiziert, albanische (hier: katholische) Wähler für die DPS votiert hatten.

Das „Konstrukt“ der albanischen Listengemeinschaft („Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“) der drei bereits damals im politischen Alltagsgeschäft völlig zerstrittenen ethnisch-albanischen Parteien LDMZ, UDSH und PPD führte in der politischen Praxis zu

einigen „Absonderlichkeiten“. Trotz der „Listengemeinschaft“ wurden nämlich die Mitgliedsparteien der albanischen „Koalition“ im montenegrinischen Parlament – soweit vertreten – rechtlich (d. h. auch bei der staatlichen Parteienfinanzierung) als jeweils eigenständige Subjekte behandelt. Im Fall der PPD führte das zu dem eigentümlichen Status einer so genannten „indirekten parlamentarischen Partei“, die zwar nicht selbst mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten war, die sich jedoch als Teil der Listengemeinschaft „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ zumindest indirekt im Parlament vertreten sah.

Eine Neuauflage der „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ für die aktuellen Parlamentswahlen am 10.09.2006 hatte aufgrund der erwähnten politischen Zerstrittenheit sowie persönlicher Animositäten – namentlich zwischen den Vorsitzenden der LDMZ, Mehmet Bardhi, und der UDSH, Ferhat Dinosh, – bereits zum Zeitpunkt des Unabhängigkeitsreferendums als eher unwahrscheinlich gegolten.

Während die LDMZ in Gestalt ihres Vorsitzenden und Parlamentarabgeordneten Mehmet Bardhi im Parlament in der zurückliegenden Zeit recht nationalistische Töne von sich gab und beispielsweise in der vergangenen Legislaturperiode nahezu sämtliche Vorlagen der von der DPS geführten (alten) Koalitionsregierung in Sachen Minderheitenpolitik und -rechte meist ablehnte bzw. die entsprechenden Abstimmungen im Parlament boykottierte (auch neues Minderheitengesetz vom 10.05.2006), hat sich die UDSH in einem schleichenden Prozess in zwischen politisch mehr und mehr der DPS angenähert. Einheimische politische Analysten sprachen daher zuletzt im Blick auf die UDSH nur noch von einer „albanischen DPS“ bzw. einer „albanischen Kopie“ des „Originals“ (DPS von Regierungschef Milo Djukanovic).

Die skizzierte Entwicklung der UDSH hin zu einer Art „albanischen DPS“ in Montenegro mit enger Anlehnung an die „Mutterpartei“ bzw. das „Original“ fand in der zurückliegenden Zeit zwar die Unterstützung und

das Wohlwollen der nationalen DPS-Parteiführung in Podgorica, stieß jedoch in Ulqin beim dortigen DPS-Bezirksverband, der mehrheitlich von örtlichen (katholischen) Albanern gestellt wird, auf zunehmende Besorgnis bzw. Ablehnung.

Letztere befürchteten durch eine „DPSsierte“ UDSH („albanische Kopie“) Konkurrenz für die eigene Partei, da die UDSH von den albanischen Wählern vor Ort nun nicht mehr als dem Block der ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien zugehörig wahrgenommen, sondern dem (bislang) gegnerischen Lager der staatstragenden (montenegrinischen) Regierungsparteien zugeordnet werde (Stimmenverlust für die DPS in Ulqin, da albanische Wähler aus dem Regierungslager nun auch die „albanische DPS“ in Gestalt der UDSH wählen könnten).

Von der „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ auf nationaler Ebene der vergangenen Legislaturperiode blieb bei den aktuellen Parlamentswahlen vom 10.09.2006 nur noch das aktuelle Zweierbündnis der LDMZ und der PPD übrig, da die UDSH bei den Parlamentswahlen nun erstmals allein antrat. Die kleine PPD, die lediglich in Ulqin politisch und organisatorisch verankert ist und am 22.02.2000 als zweite (nach der UDSH) Abspaltung von der LDMZ entstand, verzichtete darüber hinaus auch bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen auf eine eigenständige Kandidatur und ging auch in diesem Fall eine Listengemeinschaft mit der LDMZ ein.

Das Wahlbündnis (Listengemeinschaft) der UDSH, DPS und SDP in Ulqin (Kommunal- und Bürgermeisterwahlen) bzw. in Tuzi (hier ohne SDP) ging auf Initiative der UDSH zurück. Aus seiner Ablehnung des lokalen Bündnisses namentlich zwischen der DPS und der UDSH in Ulqin machte beispielsweise auch der Spitzenkandidat der DPS (Liste UDSH/DPS/SDP) bei den Kommunalwahlen in dem Küstenort, Loro Nrekic, keinen Hehl. Letzteres, so Loro Nrekic, sei von der nationalen DPS-Führung in Podgorica gehen den erklärten Willen des DPS-Bezirksverbandes Ulqin regelrecht „durchgedrückt“ worden.

Beachtung verdient des Weiteren die Kandidatur des bisherigen montenegrinischen Minderheitenministers Gëzim Hajdinaga (UDSH) als gemeinsamer Bürgermeisterkandidat des lokalen Wahlbündnisses UDSH/DPS/SDP in Ulqin. Der – ebenfalls der UDSH angehörende – bisherige Amtsinhaber Fuad Nimanj, der eher blass und als wenig durchsetzungsfähig galt, war von der UDSH-Parteiführung, d. h. von dem mehr oder weniger autoritär die UDSH führenden Parteivorsitzenden Ferhat Dionosha, nicht für eine weitere Amtsperiode aufgestellt bzw. berücksichtigt worden.

Nach Informationen aus Kreisen der LDMZ-Chef versuchte letzterer im Vorfeld der Wahlen neben der PPD auch die „Neue demokratische Kraft“ (FORCA) sowie die kleine BDSHMZ für die gemeinsame Liste der LDMZ und PPD auf nationaler bzw. kommunaler Ebene in Ulqin zu gewinnen.

(Die Partei „Neue demokratische Kraft“, in der Öffentlichkeit und auf Wahlplakaten „FORCA“ genannt, war am 22.10.2005 als jüngste politische Partei der Albaner in Ulqin gegründet worden. Bei den Initiatoren handelt es sich vorwiegend um albanische Geschäftsleute aus Ulqin. Vorsitzender der rechtsliberalen Partei ist Nazif Cungu, der bis zum Jahr 2002 der UDSH als Mitglied angehörte und bei den aktuellen Bürgermeisterwahlen in Ulqin für den Posten des direkt zu wählenden Bürgermeisters kandidierte. Bei der BDSHMZ – gegründet 26.08.2003 – handelt es sich schließlich um die dritte Abspaltung von der LDMZ; die kleine Partei steht unter der Führung von Ali Doda sowie es früheren Bürgermeisters von Ulqin, Skender Hoxha, der aktuell für die BDSHMZ bei den Bürgermeisterwahlen antrat.)

Beide Parteien (FORCA sowie BDSHMZ) lehnten jedoch eine Teilnahme an dem Wahlbündnis (gemeinsame Liste) der LDMZ und PPD ab. Im Fall von FORCA begründete FORCA-Chef Nazif Cungu die Weigerung seiner Partei damit, dass es sich bei der FORCA um eine sehr junge Partei handle, die zunächst allein bei den Wahlen antreten müsse, um so zu testen, welches Potential

die Partei unter den (albanischen) Wählern erreichen könne.

Neben der FORCA trat von Seiten der albanischen Wahlsubjekte die „Albanische Alternative“ erstmals bei Wahlen in Montenegro in Erscheinung. Bei letzterer handelt es sich um eine albanische Bürgerinitiative aus Tuzi, die am 23.07.2005 gegründet wurde und unter der Leitung (Vorsitzender) von Xhevdet Pepiq steht. Stellvertretende Vorsitzende sind Molig Çulmufaj sowie Vasel Gjokaj.

Die „Albanische Alternative“ entstand als albanische Bürgerinitiative während der „heißen Phase“ der politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen um die künftigen kommunalrechtlichen Status von Tuzi; die Wiederherstellung der Selbständigkeit der Gemeinde bzw. die Statusaufwertung zu einer selbständigen Kommune analog dem Zustand von vor 1956 gehören zu den zentralen politischen Forderungen der albanischen Parteien in Montenegro.

Bei der „Albanischen Alternative“, die bislang die Transformation hin zu einer regulären Partei noch nicht vollzogen hat – diese Option nach Angaben aus Parteikreisen in naher Zukunft jedoch auch nicht ausschließt –, handelt es sich darüber hinaus auch in anderer Hinsicht um eine recht interessante Erscheinung. So handelt es sich bei ihren Mitgliedern ganz überwiegend um albanische Katholiken, die ansonsten in der Regel (bislang) fast ausnahmslos DPS wählten bzw. letzterer als Mitglieder angehören. Mit der „Albanischen Alternative“ existiert somit erstmals ein Wahlsubjekt, das hinsichtlich der politischen Programmatik und dem eigenen Selbstverständnis nach dem „Block“ bzw. Lager der ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien in Montenegro zuzuordnen ist, deren Initiatoren und Mitglieder jedoch nicht, wie ausnahmslos alle anderen ethnisch-albanischen Parteien, primär islamischer Religionszugehörigkeit sind.

Zu den kuriosesten und bizarrsten Erscheinungen unter den albanischen Wahlsubjekten bei den Urnengängen vom 10.09.2006 zählte schließlich die albanische Bürgerliste von Dr. Isat Jakupi, die lediglich bei der Kommu-

nalwahl (nicht Bürgermeisterwahl) in Ulqin (3. Listenplatz) antrat. Die Handzettel, mit denen letzterer für seine Liste warb, zeigen rechts oben unter dem quer gedruckten Slogan „Neuer Staat – neue Realität“ das Porträt des legendären und charismatischen linkssozialistischen lateinamerikanischen Revolutionsführers E. Che Guevara.

Dr. Isat Jakupi, der als Internist im städtischen Krankenhaus von Ulqin arbeitet, gehörte zu den Gründern der UDSH im Jahr 2000, trat aus dieser aber 2004 aus und baute danach eine (private) Anti-Drogen-Organisation in Montenegro auf. Mit lediglich 171 Stimmen blieb letzterer allerdings weit hinter den (eigenen) Erwartungen bzw. den (nicht geringen) Befürchtungen der anderen etablierten Parteien auf kommunaler Ebene in Ulqin zurück.

Neben den unterschiedlichen offiziellen Wahlbündnissen und gemeinsamen Listen der albanischen Parteien und Bürgerlisten bei den parallelen Parlaments-, Kommunal- und Bürgermeisterwahlen in Montenegro am 10.09.2006 gab es darüber hinaus auch inoffizielle Absprachen zwischen einzelnen Parteien, die sich nicht in gemeinsamen Listen manifestierten.

In diesem Zusammenhang ist vor allem die „Sozialistische Volkspartei“ (SNP) zu nennen, die bislang in der vergangenen Legislaturperiode auf nationaler Ebene traditionell als wichtigste Oppositionspartei gegen die von der DPS angeführte montenegrinische Regierung unter Ministerpräsident Milo Djukanovi galt und darüber hinaus beim Unabhängigkeitsreferendum vom 21.05.2006 den Block der „Unionisten“ (Befürworter der Staatengemeinschaft „Serbien und Montenegro“) anführte, jedoch bei den Parlamentswahlen (hier Wahlbündnis mit der DSS und NS) vom 10.09.2006 mit 13,79 % (elf Mandate) zu den eigentlichen Wahlverlieren zählt.

Bei den Kommunalwahlen in Ulqin trat die SNP – wie bereits erwähnt – allein, d.h. ohne ihre Bündnispartner DSS und NS an. Bei den Bürgermeisterwahlen in Ulqin verzichtete die SNP dagegen – anders als die

„Serbische Liste Andrija Mandić“ (Zusammenschluss von SNS, SRS usw.) – auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Gemäß Angaben aus der LDMZ hatte es vor dem Wahlgang informelle Gespräche bzw. Verhandlungen zwischen der LDMZ/PPD und der SNP gegeben, bei die SNP-Führung in Ulqin parteiintern eine Unterstützung des LDMZ/PPD-Bürgermeisterkandidaten Tahir Tahiri zugesicherte bzw. eine entsprechende interne Wahlempfehlung an ihre Mitglieder auszugeben versprach.

Auch wenn es über die erwähnte Unterstützung für den LDMZ/PPD-Kandidaten (Bürgermeisterwahl) in der Öffentlichkeit keine offiziellen Verlautbarungen gab, war die erwähnten Absprachen in Ulqin ein offenes Geheimnis bzw. allgemein bekannt. Die „bedingte Partnerschaft“ der beiden ungleichen Akteure, die ansonsten im politischen Tagesgeschäft keine inhaltlichen Berührungspunkte aufweisen und gewöhnlich völlig unterschiedlichen politischen Lagern zuzuordnen sind, rührte allein aus der gemeinsamen Gegnerschaft zu der DPS, was in diesem konkreten Fall (Unterstützung des LDMZ/PPD-Kandidaten Tahir Tahiri durch die SNP) anscheinend für die erwähnten Absprachen zwischen den ansonsten äußerst ungleichen und eigentlich völlig gegnerischen Parteien reichte.

Hinsichtlich der Wahlergebnisse der Urnengänge vom 10.09.2006 sei zunächst an dieser Stelle ein Blick auf die Resultate der albanischen Parteien und Gruppierungen auf nationaler Ebene geworfen. Aufgrund der Gesamtzahl der Wahlberechtigten albanischer Volkszugehörigkeit in Montenegro stand bereits vor den Parlamentswahl fest, dass der Block bzw. das Lager der auf nationaler Ebene kandidierenden vier ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien (= LDMZ/PPD, „Albanische Alternative“, FORCA, UDSH) rein rechnerisch zusammen maximal vier Mandate im 81 Sitze (bislang 78) zählenden montenegrinischen Parlament erreichen würde.

Durch die Kandidatur von gleich vier ethnisch-albanischen Wahlsubjekten bestand jedoch die Gefahr, dass im Fall, dass eine der vier Subjekte nicht die für mindestens einen

Sitz mathematisch notwendige Zahl an Stimmen zusammenbringt, eine größere Anzahl von „albanischen Stimmen“ praktisch verloren gehen würde und das maximal mögliche Potential an vier Sitzen für die ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien nicht ausgeschöpft werden könnte.

Erwähnt sei, dass das am 10.05.2006 – und somit kurz vor dem „Unabhängigkeitsreferendum“ – vom montenegrinischen Parlament verabschiedete Minderheitengesetz eine bestimmte Anzahl fest reservierter Sitze für die nationalen Minderheiten im montenegrinischen Parlament vorsah. Für die albanische Minderheit in Montenegro waren gemäß den Bestimmungen des besagten Gesetzes drei Sitze reserviert, die den Albanern unabhängig von ihrer Wahlbeteiligung und den konkreten Wahlergebnissen der ethnisch-albanischen Parteien in jedem Fall zugestanden hätten.

Am 11.07.2006 erklärte jedoch das montenegrinische Verfassungsgericht – auch für Beobachter übrigens ziemlich überraschend – die so genannte „positive Diskriminierung“, also besondere Rechte bzw. Privilegien für die nationalen Minderheiten, für nicht mit den Bestimmungen der montenegrinischen Verfassung kompatibel und zwar u. a. auch mit der Begründung, dass Menschen- und Minderheitenrechte nicht per Gesetz festgelegt werden könnten, da letztere lediglich „die Form und das Verfahren für die Umsetzung eben dieser Rechte regelten“.

Anders als zum Teil in den Medien berichtet, erklärte jedoch das montenegrinische Verfassungsgericht nicht das gesamte Minderheitengesetz für ungültig, sondern lediglich die erwähnten Artikel über fest reservierte Parlamentssitze auf nationaler und kommunaler Ebene („positive Diskriminierung“). Die weiteren Bestimmungen des Minderheitengesetzes, wie etwa der Gebrauch der Minderheitensprachen oder die Vorgabe, dass in der öffentlichen Verwaltung Angehörige der nationalen Minderheiten in einem Umfang mindestens entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil einzustellen und zu beschäftigen seien, blieben dagegen von dem Gerichtsbeschluss unberührt.

Über die Anzahl der von den vier auf nationaler Ebene kandidierenden ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien bei den Parlamentswahlen vom 10.09.2006 errungenen Sitze im montenegrinischen Parlament herrschte bis zur Bekanntgabe der so genannten „Primärergebnisse“ (vorläufiges amtliches Endergebnis) am Abend des 12.09.2006 Unklarheit. Hatte es zunächst so ausgesehen, dass jedes der bereits mehrfach erwähnten vier ethnisch-albanischen Wahlsubjekte auf nationaler Ebene jeweils einen Sitz im Parlament erreicht habe, kristallisierte es sich im Laufe des 12.09.2006 heraus, dass es für die FORCA auf nationaler Ebene äußert knapp werden würde.

Dem entsprechend groß war denn auch die Enttäuschung in der FORCA-Parteizentrale und bei FORCA-Vizepartei- und -Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen, Genc Nimarbegu, bei der Veröffentlichung der Primärergebnisse seitens der republikanischen Wahlkommission, wonach FORCA auf nationaler Ebene mit 0,64 % (2.197 Stimmen) die erforderliche Anzahl von Stimmen für einen Parlamentssitz knapp verfehlte, womit im Ergebnis die gut 2.197 albanischen Wählerstimmen für die rechtsliberale Partei praktisch für die „albanische Seite“ als verloren bzw. wertlos abgeschrieben werden mussten.

Mit 1,26% (4.373 Stimmen) erreichte die gemeinsame Liste von LDMZ und PPD auf nationaler Ebene das beste Ergebnis unter den vier ethnisch-albanischen Wahlsubjekten. Allerdings verfehlte die LDMZ/PPD – entgegen den eigenen Erwartungen und Hoffnungen – einen zweiten Parlamentssitz, so dass wie schon im Jahre 2002 („Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“, hier noch unter Einschluss der UDSH) die PPD erneut leer ausging und PPD-Partei- und -Spitzenkandidat Osman Rexha (2. LDMZ/PPD-Listenplatz nach LDMZ-Chef Mehmet Bardhi auf Platz 1) wie vor vier Jahren den Einzug ins montenegrinische Parlament erneut verpasste.

Exakt 3.693 Stimmen (1,07%) erreichte die dieses Mal separat auf nationaler Ebene antretende UDSH, die damit nach der LDMZ/PPD das zweitbeste Ergebnis der ethnisch-albanischen Regionalparteien erzielte.

Bei einer Analyse der Wahlergebnisse der UDSH fällt allerdings auf, dass letztere auf nationaler Ebene etwa knapp 500 Wählerstimmen in Gebieten Montenegros erzielte, in denen überhaupt keine Albaner leben. Dabei dürfte es sich faktisch um „Leihstimmen“ von (montenegrinischen) DPS-Wählern handeln, die so der „albanischen Kopie“ („UDSH als albanische DPS“) mit einem Abgeordneten in Gestalt des UDSH-Parteivorsitzenden Ferhat Dinosa zum Einzug ins Parlament (erfolgreich) verhelfen wollten.

Ebenfalls einen Parlamentssitz erreichte auf nationaler Ebene mit 2.656 Stimmen und 0,77 % die „Albanische Alternative“ aus Tuzi.

Dem neuen montenegrinischen Parlament werden damit von Seiten der ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien drei Abgeordnete angehören. Dabei handelt es sich um

- Mehmet Bardhi
LDMZ/PPD
- Ferhat Dinosa
UDSH
- Vasel Sinishtaj
„Albanische Alternative“

während für Genc Nimanbegu von FORCA keine Hoffnungen mehr auf einen Angeordnetensitz bestanden.

Darüber hinaus zog auch der (albanische) DPS-Bezirksvorsitzenden von Ulqin, Luigj Shkreli, in das montenegrinische Parlament ein, womit in letzterem mindestens vier Albaner vertreten sein sollten.

Aus der Kommunalwahl in Ulqin ging die gemeinsame Liste der UDSH/DPS/SDP mit 4.266 Stimmen (38,67%) als stärkste Kraft hervor. Das Wahlbündnis der drei Parteien wird damit 14 der 33 Sitze des Kommunalparlaments von Ulqin erhalten. Zweistärkste Kraft ist mit 2.543 Stimmen (23,05%) und acht Mandaten FORCA während die LDMZ/PPD mit 2.294 Stimmen (20,79%; sieben Sitze) lediglich auf (einen völlig unbefriedigenden) Platz drei kam. Immerhin 730 Stimmen (6,62%) und zwei Sitze erreichte die kleine BDSHMZ; ein Sitz erzielten schließlich jeweils die „Serbische

Liste Andrija Mandic“ (578 Stimmen, 5,24%) sowie die SNP (451 Stimmen, 4,09%). Unberücksichtigt bei der kommunalen Sitzverteilung blieb mit 171 Stimmen (1,55%) lediglich die (albanische) „Bürgerliste Dr. Isat Jakupi“.

Allerdings verfehlte die die UDSH/DPS/SDP die absolute Mehrheit im Kommunalparlament um drei Sitze.

Bei der Bürgermeisterwahl in Ulqin ergab sich folgendes Bild:

Gëzim Hajdinaga (UDSH/DPS/SDP) 5.097 Stimmen (45,76%)

Nazif Cungu (FORCA) 2.818 Stimmen (25,30%)

Tahir Tahiri (LDMZ/PPD) 2.157 Stimmen (19,37%)

Liljana Djurashkovic („Serbische Liste“) 770 Stimmen (6,91%)

Skender Hoxha (BDSHMZ) 296 Stimmen (2,66%)

Da keiner der fünf Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erringen konnte, fanden am 24.09.2006 Stichwahlen zwischen den beiden best platzierten Kandidaten Gëzim Hajdinaga sowie Nazif Cungu statt, die schließlich der gemeinsame Kandidat von UDSH/DPS/SDP mit 56,4% gewann.

Besonders für die LDMZ/PPD verlief die Kommunal- und Bürgermeisterwahl in Ulqin unter dem Strich enttäuschend. In beiden Fällen musste sich das Wahlbündnis unter der Führung der ältesten der albanischen Parteien in Montenegro (LDMZ) mit einem dritten Platz zufrieden geben, was in der Konsequenz bedeutet, dass der Bürgermeisterkandidat der LDMZ/PPD, Tahir Tahiri (LDMZ), bereits in der ersten Wahlrunde ausschied und nicht an der Stichwahl teilnehmen konnte.

Für die Neugründung FORCA stellen die Ergebnisse in Ulqin (jeweils zweiter Platz) jedoch einen außerordentlichen Erfolg dar, was die Enttäuschung über den knapp verfehlten Sitz auf nationaler Ebene im montenegrinischen Parlament zumindest etwas kompensierte.

Dennoch ergriff LDMZ-Parteichef

Mehmet Bardhi auf kommunaler Ebene – trotz der enttäuschenden Wahlergebnisse – die Initiative und schlug am 12.09.2006 der FORCA sowie der BDSHMZ die Bildung einer gemeinsamen Koalition im Kommunalparlament vor, die mit 17 Sitze gerade knapp auf die Mehrheit der Mandate (8 FORCA + 7 LDMZ/PPD + 2 BDSHMZ) kommt, sowie die Unterstützung von Nazif Cungu (FORCA) bei der Bürgermeisterstichwahl am 24.09.2006 vor.

Die Konstituierung des neuen Kommunalparlaments in Ulqin verzögerte sich schließlich jedoch Anfang Oktober 2006 durch interne Streitigkeiten zwischen den Bündnispartnern LDMZ und PPD. Gemäß dem Abkommen für die Bildung des Wahlbündnisses hatten sich die LDMZ und PPD intern vor den Wahlgängen darauf verständigt, dass sämtliche erzielte Mandate im Verhältnis 50:50 zwischen den beiden Seiten aufgeteilt werden sollten.

Bereits unmittelbar nach dem Wahlgang hatte es erste Verstimmungen zwischen der LDMZ und PPD gegeben, da LDMZ-Parteichef Mehmet Bardhi den erwähnten Verteilungsschlüssel einseitig zugunsten seiner LDMZ auf 60:40 verändern wollte. Im Ergebnis führte das dazu, dass sich das Kommunalparlament von Ulqin zunächst nicht konstituieren konnte, da sich die LDMZ und PPD intern nicht auf die Besetzung (Verteilung) der ihrer gemeinsamen Liste zustehenden sieben Mandate im Kommunalparlament von Ulqin einigen konnten.

Bei der Kommunalwahl in Tuzi erreichte das Wahlbündnis der „Albanischen Alternative“ und LDMZ (gemeinsame Liste) 50,2 % und damit 11 Mandate im 21 Sitze zählenden Kommunalparlament. Acht Sitze gingen an das Wahlbündnis UDSH/DPS sowie jeweils ein Sitz an die SNP und die Listengemeinschaft der Liberalen mit der bosnischen Partei, womit die „Albanische Alternative“/LDMZ in Tuzi knapp die absolute Mehrheit im Kommunalparlament von Tuzi erzielen konnte.

Stephan Lipsius



oben: Burg von Preza

unten: die alte Platane von Libohova





oben: Byllis: Blick auf das Theater und das Tal der Vjosa

unten: Gjin Aleks Moschee in Rusan bei Delvina



Einst Geheimnis – heute Rätsel

Vor 20 Jahren besuchte ich das „Land der Skipetaren“. Mit Achtung und Anerkennung begegnete ich damals einem Volk, das stolz und geduldig seinen mühsamen Alltag in der Isolation bewältigte. Wie präsentiert sich Albanien heute? Was ist aus dem Land ohne Steuern, ohne private Kraftfahrzeuge, ohne Religion geworden? Eine Reise mit der DAFG durchs Land machte ein Wiedersehen möglich.

Wer Albanien von früher her kennt, staunt über die junge Republik. Das Land steckt voll im Umbruch, die Signale für den Weg in eine bessere Zukunft stehen auf Grün. Aber jeder Neuanfang schafft Probleme im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Der Nachholbedarf ist groß und etwaige negative Begleiterscheinungen werden noch außer Acht gelassen. Doch um das Land und sein Volk zu begreifen, muss man die Geschichte kennen: 50 Jahre Isolation.

Während der Fahrt durchs Land ließ mich das Gefühl nicht los: Albanien ist eine riesige Baustelle. Wo sind sie geblieben, die vielen Baumwollfelder, die großen Obstplantagen, die weiten Palmenhaine? Hochhäuser, dicht an- und hintereinander gereiht, haben sie aus der Landschaft verdrängt. Wohn- und Hotelimmobilien schießen wie Pilze aus dem Boden und prägen das Bild Albaniens. Nicht nur in den Städten im Landesinneren, sondern leider auch entlang der Küste, von Durres bis Sarande. Planlos wird gebaut, wo es nur geht, ohne vorher die Eigentumsrechte der Grundstücke zu klären. Ein schier unlösbares Problem, ganz zu schweigen von der unkontrollierten Müllbeseitigung und der miserablen Infrastruktur.

Der Jugend gehört die Zukunft

Warum dieser Bauboom? Albanien braucht Wohnraum für seine jungen Menschen (Altersdurchschnitt angeblich 28 Jahre!) und

Hotelkapazitäten für den erhofften Tourismus. Ob alle Wohnungen Mieter finden und die vielen Gästezimmer Urlauber anziehen, wird die Zukunft zeigen.

Eines aber steht fest: Das Land hat enorme Fortschritte gemacht. Kirchen und Moscheen sind wieder geöffnet. Jede Religion ist erlaubt. Moslems und Christen leben friedlich miteinander. Obwohl sich die Mehrheit der Albaner zum Islam bekennt, sind keine verschleierte Frauen zu sehen. Schick und modern gekleidet unterscheiden sie sich nicht von westlichen Vorbildern. Eselskarren und Pferdewagen plagen sich nur noch selten über die holprigen Wege. Heute sitzen Albaner am Steuer von Personen- und schweren Lastkraftwagen und drängen durch Straßen, die manchmal eher Schlaglochpisten gleichen. Bevorzugt werden Mercedeskarossen - alte, aber auch nagelneue. Das Verkehrsbild hat sich dem des Westens angeglichen: Staus und Radarkontrollen gehören zum Alltag, besonders auf den Autobahnen und Schnellstraßen oder an Baustellen wird auf Teufel kommt raus geblitzt.

Exil-Albaner forcieren den Aufschwung

Verschwunden sind die düsteren Städte, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen. Die Hausfassaden leuchten in allen Farben, in der Stadt wie auf dem Land. Überall, nicht nur in der Metropole Tirana, pulsiert das Leben nach westlichem Vorbild. Die Jugend

belebt das Straßenbild. Mädchen und Jungen in flotten Klamotten bummeln mit Freude am Leben durch Straßen und über Plätze. Eilende Manager im Business-Outfit, selbstverständlich mit dem neuesten Handy am Ohr, demonstrieren das Geschäftsleben im modernen Albanien. Viele schicke Cafes und hervorragende Restaurants, die internationale Küche und einheimische Spezialitäten anbieten, laden zum Stelldichein. Es lässt sich gut und für jedermann erschwinglich speisen, das bekam unsere kleine Reisetuppe immer wieder zu spüren. Fast überall musste um einen Platz unter freiem Himmel gekämpft werden.

Mit anderen Worten: Es wird viel konsumiert und viel gebaut im einstigen Armenhaus Albanien. Doch wer bezahlt die Rechnung? Die Antwort: Tausende Exil-Albaner pumpen Kapital in ihre Heimat. Sie forcieren damit den wirtschaftlichen Aufschwung. Eine Frage sei mir erlaubt: Wie lange wird das noch gut gehen? Dennoch oder gerade deshalb wünsche ich dem Land und seinem Volk eine glückliche Hand bei der Suche nach einer besseren Zukunft. Albanien war für mich ein Geheimnis und bleibt ein Rätsel! Mirupafshim - auf Wiedersehen!

*Ilona Vogel
München*

P.S. Meine Reisebegleiter, zwei Albanienlaien und zwei Landesprofis, bitte ich um Nachsicht, wenn nichts über die unvergesslichen Eindrücke der vielen historischen Stätten zu lesen ist. Das neue Albanien hielt mich im Bann! Die Reise war stressig aber bestens organisiert, jeder kam auf seine Kosten. Ein Lob an Bodo Gudjons, der uns auch ein Gespräch mit Thomas Hübner vermittelte. Im Auftrag der Bundesregierung unterstützt der Saarländer das albanische Wirtschaftsministerium in Sachen Exportförderung. Dank gebührt aber auch Sami Bejeri, der uns sicher durch seine Heimat chauffierte. Er scheute keine Mühe, oftmals über Stock und Stein, uns die entlegendsten Sehenswürdigkeiten nahe zu bringen.

Otto Witte



Albaniens Möchtegern-König



Sein Leben und seine Bücher

Nach Angaben seines Grabsteins auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf (Parzelle Q 9, 430-433) wurde Otto Witte am 16.10.1872 (nach seinem Personalausweis 1871) geboren und starb am 13.8.1958; sein Geburtsort wurde mal mit Düsseldorf, mal mit Berlin-Pankow angegeben, der Personalausweis registrierte Diesdorf bei Magdeburg; sicher ist, dass er in Hamburg starb. Wie die Basisdaten seines Lebens unsicher sind, ist es auch

der größte Teil seiner Lebensgeschichte, für die seine beiden Bücher die fragwürdigen Hauptquellen sind; bereits mit acht Jahren habe er ein langes Wanderleben durch Jahrmärkte und Zirkusarenen, als Zauberkünstler, Seiltänzer, Arbeiter, Fremdenlegionär begonnen.

Seit den 20er Jahren trat er mit einer primitiven Schaubude, die ein Schloss darstellte, in einem abgerissenen Uniformrock und Fez auf Jahrmärkten auf und erzählte den Schaulustigen, er sei 1913 für fünf Tage König von Albanien gewesen. Diese

Geschichte baute er in der Presse und in zwei Büchern mit demselben Titel, aber sehr verschiedenen Inhalts aus:

Otto Witte: 5 Tage König von Albanien. Illustriert und bearbeitet von dem „malenden Weltenbummler“ Otto Larsen. Druck und Verlag Hermann Heymann. Hamburg 1932. Ganzleinen 211 S.

Das Buch (im Folgenden Witte I) enthält neben Larsens Zeichnungen zwei Fotos, die Witte in seiner Phantasieuniform und ein an ihn als „ehemaliger König von Albanien“ adressiertes Kuvert zeigen, sowie:

Otto Witte(-Pankow): Fünf Tage König von Albanien. Erlebnisse eines deutschen Abenteurers im Orient und Okzident. Selbstverlag. Druck: Gießmann & Bartsch GmbH, Berlin Pankow 1939. Paperback 269 S.

In diesem Band (im Folgenden Witte II) gibt es keine Zeichnungen, aber acht Fototafeln; auf dem Schutzumschlag ist eine Königskrone über zwei gekreuzten Säbeln und einem Lorbeerzweig sowie einem liegenden (!) Halbmond mit Stern abgebildet.

Witte behauptet, nur insgesamt zwei Jahre lang die Schulbank gedrückt zu haben. Er war also sicher nicht in der Lage, ganze Bücher zu schreiben, sondern muss Ghostwriter gehabt haben.

Buch Nummer Eins



Der Illustrator und Bearbeiter (was nicht nur den Redakteur, sondern den eigentlichen Autor bedeutet) von Witte I ist der niedersächsische Maler Otto Larsen (1889 Hannover – 1970 Buchholz/Nordheide).

Vergleicht man die ungelungen, schülerhaft wirkenden Zeichnungen Larsens in Witte I mit seinen sonstigen Werken, ist der Niveauunterschied frappierend. Offensichtlich lag Wittes Buch Larsen nicht sehr am Herzen; man darf annehmen, dass der vermeintliche Weltenbummler Witte an die Kameradschaft des realen Reisenden Larsen „von Otto zu Otto“ appellierte, um ihn als Illustrator und eigentlichen Verfasser zu gewinnen. Witte hatte sicher unrealistische Erwartungen an die Absatzchancen des Büchleins, was für Larsen, der zwischen Brotberufen als Journalist und Werbechef eines Unternehmens und seinen Reisen pendelte, eine Motivation bedeutete.

Im Vorwort zu Witte I berichtet Larsen: „Witte sitzt vor mir mit seinen vor Uebermut blitzenden Augen und erzählt, erzählt von Reisen und guten Tagen, von beschwerlichen Fahrten und Stunden, die auf Messers Schneide am Leben vorbeigingen.“

Das Buch ist ausgesprochen schlecht, in einem gewollt umgangssprachlichen Stil geschrieben, der suggerieren soll, Witte erzähle seine angeblichen Erlebnisse dem neugierigen Zuhörer. Zunächst berichtet er in der Ich-Form, pendelt dann aber zwischen der Er-Form und der Ich-Erzählung hin und her; Larsen will diese Einschübe von Wittes Tochter Elfriede übernommen haben; er wollte das ungeliebte Projekt ganz einfach schnell vom Tisch bekommen.

Nur im Schlusskapitel geht es um das Albanien-Abenteuer. Alles andere sind (mutmaßlich frei erfundene) Geschichten aus dem Leben des „größten Weltabenteurers aller Zeiten“, wie Witte sich auf dem Innentitel stilisiert. Hier werden alle Topoi des Kolportage-Abenteuerromans bemüht: der Kontakt



zu „Wilden“, die Schatzsuche, die Gefangennahme und Befreiung, die Rettung von Freunden und Unschuldigen und besonders breit ausgewalzt seine Abenteuer mit Frauen aus vielen Kulturkreisen und sozialen Schichten.

Das Albanien-Abenteuer spielte sich angeblich so ab: Witte wird in Konstantinopel vom „Obersten Pascha“, den er von früher kennt, aufgefordert in die türkische Armee einzutreten, die dringend deutsche Soldaten suche; er bringt es in der Tat innerhalb weniger Monate zum Offizier.

Schon diese Einleitung ist unglaublich. Den Titel eines „Obersten Pascha“ gab es nicht, zumal dieser dann nur noch als Oberst tituliert wird. Zwar wurde das osmanische Heer von ausländischen, hauptsächlich deutschen Instruktoren in hohen Rängen ausgebildet, doch die Idee, dass ein landes- und sprachkundiger Ausländer in kürzester Zeit zum Offizier aufsteigen könne, entbehrt jeder Grundlage.

Witte skizziert die Lage im I. Balkankrieg (1912-1913) und die Entwicklung in Albanien nach der Ausrufung der Unabhängigkeit 1912 und gibt einen Ausblick auf die Zukunft des Landes (Fürst Wilhelm zu Wied 1914, Ermordung Esat Pashas 1920, Ahmet Zogu König 1928). Er wird in den Ge-

heimdienst versetzt und fasst den Plan, durch eine „Köpenickiade“ den Oberbefehl über die im Westen der Balkanhalbinsel operierenden türkischen Truppen zu übernehmen und Serbien anzugreifen, besonders um den Mord an König Aleksandar und Königin Draga (1903) zu bestrafen.

Mit gefälschten Telegrammen des Sultans und der Heeresleitung lässt er dem Kommandeur Essad (= Esat) Pascha die Ankunft des Prinzen Halim ed-Din ankündigen, der das Oberkommando der osmanischen Westarmee übernehmen solle. Er reist über Durrës nach Albanien ein, wird von den türkischen Truppen bei Kavaja aufgrund der falschen Telegramme anerkannt und übernimmt das Oberkommando.

Es folgen Darlegungen zu Landeskunde, Staatsgründung und Thronfrage, die tatsächlich bis Anfang 1914 offen war, als die Großmächte sich für den Prinzen Wilhelm zu Wied entschieden.

Da nach Ansicht der hohen Offiziere ein türkischer Herrscher besser als westeuropäische Bewerber zum Land passe und man so zugleich das türkische Reich als Verbündeten hätte, wird Witte „eines schönen Februartages 1913“ (einem Donnerstag) zum König von Albanien ausgerufen. Er plant die Bildung einer Regierung und einen Militärschlag gegen Serbien.

Die zahlreichen Pressekorrespondenten hatten die Proklamation schon an ihre Zeitungen berichtet, wodurch auch die türkische Regierung aufmerksam wurde und ein Dementi veröffentlichte. So verbreitet sich auch in Wittes Lager Skepsis: „Der Prinz dieses Namens sitze harmlos am Goldenen Horn und rauche vergnügt seinen Tschibuk.“

Wittes nie mit Namen genannter Begleiter, der vom „Adjutanten“ zum „Vortragenden Rat“ befördert wurde, warnt am Montagmittag Witte, der bereits zwei hohe Offiziere festnehmen lassen muss, die ihm Betrug vorwerfen. Die beiden setzen sich ab und verlassen Albanien in ihrer ärmlichen Zivilkleidung.

Buch Nummer Zwei



Witte II ist nicht nur wesentlich umfangreicher und besser geschrieben und redigiert (von wem, konnte ich nicht in Erfahrung bringen), sondern auch anders strukturiert und stärker auf die Vorbereitung und Durchführung des Albanien-Abenteuers fokussiert. Wittes angebliche Erlebnisse in anderen Weltgegenden sind in einem „Vorwort“ von 52 Seiten komprimiert.

Diese Fassung ist hinsichtlich der Daten präziser als Witte I: Witte kommt im Oktober 1912 in Konstantinopel an, und bereits am 15. Februar 1913 wird er zum König ausgerufen.



Otto Witte (rechts) mit zwei Adjutanten bei Uebernahme der zwei Armeen

In Konstantinopel rekrutiert ihn sein früherer Reisegefährte Ismail Arzim wegen seiner Landes- und Sprachkenntnisse des Balkans für den Geheimdienst; dessen Leiter fällt die Ähnlichkeit mit Prinz „Halim Etti“ sofort auf. Nach einer rasanten Geheimdienstkarriere empört er sich über die Pläne der Balkanstaaten zur Aufteilung Albaniens. Er unterbricht die Erzählung mit einem zeitgeschichtlichen Exkurs, den er wörtlich aus Witte I übernimmt. Sein Vorschlag, mit den beiden türkischen Armeekorps

in Albanien unter Esat Pascha und (dem imaginären) Jonina Pascha einen Gegenangriff auf Serbien zu beginnen, wird von seinen Vorgesetzten verworfen. In Durrës belauscht er ein Gespräch prominenter Albaner, die sich sowohl gegen eine Aufteilung als auch gegen eine Rückkehr unter die Hohe Pforte wenden und eine internationale Absicherung ihrer Unabhängigkeit erreichen wollen; man lehne den von Deutschland favorisierten Prinzen Wilhelm zu Wied als König ab und fordere einen muslimischen König.

Witte wittert seine Chance: seine Ähnlichkeit mit Halim ed-Din ausnutzend, will er selbst den Oberbefehl über die türkischen Truppen in Albanien übernehmen und einen Entscheidungsschlag gegen Serbien führen. Er überredet Arzim, als sein Adjutant aufzutreten, und besticht einen früheren Offizier, legitimierende Telegramme an Esat Pascha abzusenden. Über Wien, wo sie sich bei einem Kostümverleih mit osmanischen Uniformen ausstatten, reisen sie wieder nach Durrës. Sie kommen an den serbischen Besatzungstruppen vorbei, indem Witte als Artist eine Sondervorstellung gibt.

Für die weiteren Ereignisse zeichnet sich, vom 15. Februar als Datum der Königsproklamation ausgehend, der folgende sehr präzise Zeitablauf ab:

13. Februar 1913
Nachts und morgens: Reise zu Fuß und mit einem Fuhrwerk von Durrës zu den türkischen Vorposten, von da aus Ritt durch Tirana
Nachmittags: Empfang bei der Garnison Esat Paschas bei einem nicht genannten Dorf, Anerkennung Wittes als neuer Oberbefehlshaber
Abends: Beratung mit ihm; Esat stimmt dem Angriffsplan zu, sieht aber logistische Probleme beim Zusammenziehen der zerstreuten Truppen

14. Februar 1913
Tagsüber: Meldungen und Erkundungsritt
Abends: Gespräch mit Jonina Pascha, der die albanischen Soldaten als illoyal gegenüber der Türkei betrachtet; Witte greift im Gespräch mit dem strikt ablehnenden Arzim die Anregung der Paschas auf, König eines unabhängigen und protürkischen Albanien zu werden

15. Februar 1913
Morgens: die Paschas schlagen Witte die Proklamation zum König vor, um den Unabhängigkeitswillen der Albaner zu kanalisieren und die Loyalität der Muslime zu sichern; Witte nimmt an; anschließend Empfang zahlreicher albanischer Notablen
Mittags: Ausrufung Wittes zum König; Verlesung einer Regierungserklärung durch Arzim; Bildung einer

Rumpfregierung mit Hadschi Abdula als Regierungschef und Ben Dota als Kriegsminister; Einsammeln von Geld und Geschenken

16. Februar 1913
Morgens: Inspektionsritt
später: Konflikt zwischen Ben Dota und den beiden Paschas, Widerstände in Tirana

17. Februar 1913
Einmarsch in Tirana; Besitznahme des Justizpalastes als Residenz
Aufenthalt im Harem
Angriff auf die Residenz zurückgeschlagen

18. Februar 1913
Morgens: Erkundungsritt
Eintreffen eines Telegramms, dass Halim ed-Din sich in Konstantinopel aufhält
Festnahme der Paschas, Ernennung Dotas zum kommandierenden General
Zerwürfnis mit Arzim und Hadschi Abdula

19. Februar 1913
Erkundungsritt nach Durrës, Flucht

Köpenickiade oder Münchhausiade

Bei näherer Betrachtung erweist sich der gesamte Ablauf als vollkommen unglaubwürdig:

1. In diesem Zeitraum, nämlich vom 10.10.1912 bis zum 22.4.1913, belagerte die montenegrinische Armee Shkodra. Esat Pascha Toptani (1863-1920) hatte das Kommando Shkodras nach der (wahrscheinlich von ihm befohlenen) Ermordung seines Vorgängers Hasan Riza Pascha am 30.1.1913 übernommen, hielt sich also bis zur Kapitulation der Stadt dort auf, kann also nicht im Februar türkische Truppen in Mittelalbanien befehligt haben. Witte nannte diesen Namen in seinem historischen Exkurs zur Glaubhaftmachung seiner Geschichte, weil Esat noch mehr als

die übrigen Protagonisten der albanischen Staatsgründung in den Medien präsent war, besonders als Innenminister unter Fürst Wilhelm zu Wied. Esats Ermordung durch den albanischen Studenten Avni Rustemi 1920 in Paris (die Witte auf S. 183 erwähnt) warf ein letztes Schlaglicht auf diesen „dark hero“. Von diesem bekannten Esat im Exkurs leitet Witte zu einem anderen osmanischen Kommandeur albanischer Nationalität, nämlich Esat Pascha Halasti, über, dessen Kommandobereich Janina war, und konstruiert aus diesem Ortsnamen den Namen eines weiteren Generals „Jonina Pascha“. Diese Fehlleistung war ihm vermutlich gar nicht bewusst.

2. Der Schauplatz stimmt nicht zur Tatzeit: Serbien war gleich zu Beginn des I. Balkankrieges tief in albanisches Gebiet vorgestoßen. Am 28.11.1912, also am Tag der Unabhängigkeitserklärung, besetzten serbische Truppen Durrës, am 30.11. Tirana und am 1.12. Elbasan, womit sie ganz Nord- und Mittelalbanien bis zu einer Linie von Durrës über Kavaja, Peqin, Elbasan, Pogradec bis Struga (heute Makedonien) kontrollierten. Bereits am 18.11.1912 waren die Serben bis ins süd-makedonische Monastir vorgestoßen; damit waren die verbliebenen türkischen Truppen der Vardar-Armee in Albanien vom Nachschub abgeschnitten. Sie zogen sich nach Süden in den Herrschaftsbereich der in Vlorë gebildeten Regierung zurück; von Elend und Krankheiten gepeinigt, fielen sie als militärischer Faktor völlig aus und wurden im Mai/Juni in die Türkei evakuiert. Die Serben begannen erst im Mai, sich aus ihren albanischen Besatzungsgebieten zurückzuziehen. Das heißt, dass es im Februar 1913 im Bereich Durrës – Tirana – Kavaja keine handlungsfähigen türkischen Armeeeinheiten gegeben hat, die auf Weisung aus Konstantinopel oder auf Antrieb ihrer Führer eine Königsproklamation vorgenommen haben können. Darauf wies die etwas weniger sensationslüsterne Presse bereits in den frühen 30er Jahren hin.

3. Witte (bzw. sein Ghostwriter) haben nur sehr unbestimmte Vorstellungen von der Ethnographie Albaniens: „Komitadschis, Skipetaren, Serben, Zinzaren und Tosken ringen miteinander um die Führung in dem zukünftigen Staate ... (S. 213).“

4. Auch ist es Legende, dass Prinz Wied bereits im Januar 1913 als albanischer Fürst in Aussicht genommen worden sei; tatsächlich kam er als Kompromisskandidat erst im Juni 1913 auf Betreiben Österreich-Ungarns und Rumäniens (er war der Neffe der rumänischen Königin Elisabeth) ins Gespräch, als mehrere aussichtsreichere Kandidaturen gescheitert war.

5. Myste­riös bleibt die Person des Prinzen Halim ed-Din. Das Haus Osman hat rund 700 Jahre lang geherrscht; seine Genealogie ist dank der Polygamie sehr unübersichtlich. Es gab kein Mitglied der kaiserlichen Familie dieses Namens, das im Balkankrieg irgendeine Rolle gespielt hätte.

6. Auch andere Namen sind fiktiv: der reiche Grundbesitzer Had-schi Abdula, der Witte mit einer Kriegskasse ausstattet, hat einen Allerweltsnamen, Ben Dota ist nach dem um 1914 häufig in der Presse erwähnten Kapedan (obersten Stammesführer) der Mirditen, Prek Bib Doda Pascha, gebildet, der unter Prinz Wied Minister wurde.

7. Die Beliebbarkeit der zeitgeschichtlichen Versatzstücke zeigt sich auch an dem Verweis auf Serbien: Witte schwingt sich zum Rächer des 1903 ermordeten Königspaares Aleksandar I. Obrenovic und Draga auf, die er gekannt haben will (S. 192); tatsächlich behauptet er, in seiner Jugend in Belgrad als Bauarbeiter und Zauberkünstler gearbeitet zu haben und vor der Königin Natalie, der Gattin von König Milan, aufgetreten zu sein (S. 12). Natalie hatte ihren Mann und Serbien im Frühjahr 1886 verlassen; Witte wäre dann gerade 14 Jahre alt gewesen – zumindest sehr unwahrscheinlich.

8. Wittes Behauptung, der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg habe beim Sultan Protest gegen die Proklamation Halim ed-Dins eingelegt (S. 261), dient der Glaubhaftmachung, kann jedoch nicht über das völlige Fehlen jedes Hinweises in den zeitgenössischen Dokumenten hinweg täuschen. Besonders seit der Bosnischen Annexionskrise von 1908 hatten alle europäischen Mächte ein Auge auf den Balkan, die über die beiden Balkankriege in den I. Weltkrieg mündete. Die Publizistik ist ebenso reichhaltig wie die Dokumenteneditionen. Nirgends aber findet sich der leiseste Hinweis auf eine solche Königsproklamation, weder als Drama noch als Farce Köpenicker Prägung.

9. Ein weiteres internes Indiz für die Unmöglichkeit der Geschichte ist das Familiengrab in Ohlsdorf, das den 5. Oktober 1913 als Geburtstag von Otto Wittes gleichnamigem Sohn nennt. Anfang 1913 will sich Witte (natürlich ohne seine Frau) in der Türkei aufgehalten haben.

Die Frage, ob es sich bei Wittes Schilderungen um Köpenickiaden oder um Münchhausiaden handelt, ist somit zweifelsfrei zu Gunsten der letzteren zu beantworten.

Unterdrückung einer Legende

In der Frühphase des NS-Regimes wurde Wittes Geschichte zunächst weiter verbreitet. 1939 konnte er noch sein zweites Buch veröffentlichen. Dann verschwand das Thema aus den Spalten. Auch sind beide Bücher heute ausgesprochen schwer zu finden, wobei Witte II der seltenere Titel ist. Auflagenzahlen sind nicht mehr zu ermitteln, aber wegen der Seltenheit dieser Bücher erscheint es als wahrscheinlich, dass zumindest ihr Vertrieb behindert wurde. Bis 1939 betrachtete Deutschland Albanien als italieni-

sche Einfluss­sphäre, in der es nicht aktiv werden wollte. Doch nach der italienischen Besetzung Albaniens am 7. April 1939 und der anschließenden Einverleibung ins Impero, die als Personalunion unter einem gemeinsamen König getarnt wurde, war Albanien Teil des wichtigsten Verbündeten geworden. Die Witte-Story war geeignet, Albanien lächerlich zu machen, was auf Italien zurückfiel, und man unterband ihre Verbreitung aus Rücksicht auf Mussolini.

Derartige politische Bedenken trug auch die DDR. Der Schauspieler Alfred Lux berichtet, sein Ansinnen, eine 1983 entstandene „Berliner Posse“ „Otto der Große“ für das Fernsehen zu bearbeiten, sei in den späten 80er Jahren mit der Begründung zurückgewiesen worden, man wisse nicht genau, ob die DDR derzeit mit Albanien befreundet oder verfeindet sei (damals hatte sich die Führung um Honecker Albanien und anderen Anti-Perestrojka-Systemen angenähert). Dieselbe Abfuhr habe Lux sich auch fünf Jahre nach dem Ende der DDR bei einer westdeutschen Filmfirma geholt.

Wittes politische Karriere – noch eine Legende

Witte schrieb sich nach dem II. Weltkrieg nochmals eine (wenn auch weniger glanzvolle) politische Rolle zu. Er habe 1919 oder später eine „Fraktionslose Partei für Handel und Gewerbe“, „Partei der Handwerker, Gastwirte und Schausteller“ oder „Partei für den Mittelstand, Bauern, Kleinhändler und Schausteller“ gegründet, die sich in ihrem Aufruf an „Mittelstand, Arbeiter, Schausteller, Händler, Gastwirte, Kleinbauern sowie alle Unterbeamte“ gewandt und 100.000 Mitglieder gehabt habe. Sie habe bei der Wahl des Reichspräsidenten 1925 23.000 Unterschriften für Wittes Kandidatur gesammelt bzw. Witte habe im ersten Wahlgang tatsächlich kandi-

diert und 25.000, 100.000 oder gar 230.000 Stimmen erhalten, im zweiten Wahlgang zugunsten Hindenburgs zurückgezogen. Witte habe seine Partei 1932 oder 1933 aufgelöst, „damit Hitler sie nicht schlucken dut“. Er habe nach 1945 versucht, sie wieder zu gründen, erhielt aber keine Genehmigung der alliierten Behörden.

Auch dies hat mit den Realitäten nichts zu tun. Die Weimarer Republik hatte zwar einen sehr hohen parteipolitischen Organisationsgrad, doch wäre eine Partei mit 100.000 Mitgliedern auch damals ein nicht zu übersehender Faktor gewesen. So verfügte z.B. die liberale DDP zu diesem Zeitpunkt über ca. 130.000 Mitglieder. Die KPD lag bei ca. 135.000 Mitgliedern. Die angebliche Witte-Partei kommt hingegen weder in der zeitgenössischen noch in der neueren wissenschaftlichen Literatur vor. Falls sie je existiert hat, war sie eine von zahllosen Stammtischgründungen ohne jede politische Bedeutung.

Laut dem offiziellen Ergebnis des ersten Wahlgangs am 29.3.1925 wurden 26.866.106 gültige Stimmen abgegeben, von denen lediglich 25.761 (also knapp 0,1 %) nicht auf einen der sieben Kandidaten größerer Parteien entfielen. Nach dem Wahlgesetz durften die Wähler den Namen eines nicht vorgeschlagenen Kandidaten auf den Stimmzettel schreiben. Manche Leute schrieben ihren eigenen Namen oder den eines Bekannten auf den Zettel; eingefleischte Monarchisten wählten Kaiser Wilhelm II. In den Wahlkreisen 19-23 und 33, die im weitesten Sinne Wittes damalige Heimatregion, das Rheinland mit Hessen, bildeten, wurden nur 3.910 derartige Stimmen abgegeben, im zweiten Wahlgang (zu dem Witte angeblich nicht mehr antrat, um Hindenburg zu unterstützen) waren es noch 1.797. Wittes rein theoretische maximale Stimmenzahl läge demnach bei 2.113 Stimmen (aufgerundet 0,01 %), doch hat er kaum viel mehr als seine eigene erhalten.

Orientalismus im Jahrmarktsstil

Die Ereignisse auf dem westlichen Balkan sind immer wieder sporadisch ins Bewusstsein des breiten Publikums in Mittel- und Westeuropa gedrungen. Im Zusammenhang mit solchen medialen Konjunkturen entstand neben Sachbüchern auch Belletristik verschiedenster Form auf sehr unterschiedlichem Niveau. In den letzten zwei Jahrhunderten gab es mehrere derartige mediale Konjunkturen im Zusammenhang mit:

- dem griechischen Unabhängigkeitskampf und dem Philhellenismus des 19. Jahrhunderts,
- der teilweisen Neuordnung des Balkans auf dem Berliner Kongress von 1878,
- den Balkankriegen 1912/13 und dem I. Weltkrieg,
- dem Kosovo-Krieg 1999.

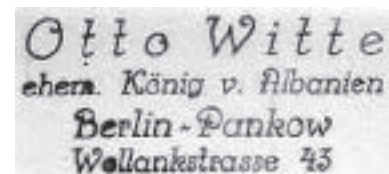
Insbesondere Albanien, ein kleines weitgehend unbekanntes Land mit archaischen gesellschaftlichen Strukturen, spornte die Phantasie der Leser und der Autoren gleichermaßen an. Belastet mit allen Mängeln einer peripheren Provinz des Osmanischen Reiches entsprach es allen Klischees des Orientalismus im Sinne von Edward Said: „Orientalismus is a style of thought based upon an ontological and epistemological distinction made between ‚the Orient‘ and (most of the time) ‚the Occident‘“.

Der wichtigste deutsche Vertreter dieses Orientalismus ist Karl May. In aller Regel ist das Eigene (der Okzident) positiv besetzt, während das Fremde (der Orient) im Kontrast dazu negativ erscheint; typische Merkmale sind:

- unterentwickelte bzw. nicht vorhandene materielle Strukturen (Verkehrswege, Schulen)
- ineffiziente und korrupte Verwaltung

- nur in Ansätzen vorhandene politische Elite mit einem nationalen Programm
- vormoderne soziale Strukturen (Stammessystem mit Gewohnheitsrecht) im Norden
- religiöse und konfessionelle Uneinheitlichkeit bei islamischer Mehrheit
- Armut, Unsauberkeit und Fehlen von Hygiene und Gesundheitswesen.

Schon Ali Pascha von Janina, der Südalbanien und Teile Griechenlands zeitweise faktisch von der Pforte unabhängig gemacht hatte, war in der Philhellenenliteratur und später der Inbegriff des orientalischen Despoten. Dieses Bild von Albanien hatte sich um die Jahrhundertwende nicht verbessert – im Gegenteil, ein starker politischer Führer wie Ali fehlte; sein Machtvakuum war nur von außen her zu füllen. So geschah es 1914 mit dem aufoktroierten Fürsten Wilhelm, dessen Herrschaft Episode blieb, da seine Basis nur im Konsens der sechs europäischen Mächte lag, von dem nach Beginn des I. Weltkrieges nichts blieb. So bot es die ideale Folie für Abenteuerfantasien, die mit der Fiktion spielten, diesem Land ohne Führer einen solchen zu geben.



Von Otto Witte verwendeter Stempel

Otto Witte hatte nicht den Anspruch, die Welt zu bessern. Er suchte und (er)fand (nach dem großen Erfolg des Schusters Wilhelm Voigt) eine originelle Geschichte, die ihn aus dem Gros der Jahrmarktsartisten hervorhob und die zumindest dem breiten Publikum, das mit den realen Verhältnissen des Balkankrieges nicht vertraut sein konnte, glaubhaft erschien. Mit Sicherheit war Witte

ein wenig komplizierter Charakter und daher gegenüber seiner eigenen unzählige Male vorge-tragenen und immer wieder neu ausgeschmückten Geschichte sug-gestibel, und so ließ er sein reales Ich schließlich mit dem Konstrukt des Fünf-Tage-Königs „Halim Etti“ verschmelzen.

Dieses Spiel wurde von seiner Umgebung nur allzu bereitwillig mitgespielt, einschließlich der Hamburger Ordnungsbehörde, die ihm die Namensergänzung „ehem.: König von Albanien“ in den Personalausweis schrieb, und einer Ohlsdorfer Friedhofs-verwaltung, die diesen Titel auf dem Grabstein akzeptierte. Witte wurde (und wird!) von gutgläu-bigen Medien bis heute bei der Verbreitung seiner Geschichte unterstützt. Insofern ist Otto Witte wie Karl May ein Schlüsselbegriff der Imagologie der Deutschen bei ihrem Blick auf die Albaner, und wie so häufig, sagen imago-logische Konzepte mehr über den Betrachter als über das Objekt seiner Betrachtung aus.

Albanien wird durch die Unver-wüstlichkeit der Witte-Story zum Objekt eines selbstreferentiellen Orientalismus: wenn dieses Land sogar bereit war, die Führung eines Hochstaplers und Jahrmarkts-schaustellers zu akzeptieren, war dies der schlagendste Beweis dafür, dass dieser exotische orien-talische Fremdkörper am Rande Europas der ordnenden Hand des Okzidents bedurfte, und zugleich dafür, dass auch ein sozial inferiorer Mitteleuropäer in der Lage war, sich – wenn auch nur ephemär – an den einheimischen Eliten vorbei die Führung eines solchen Landes zu übernehmen.

Witte identifizierte sich so sehr mit seiner angeblichen Königsrolle, dass er Fakten und Fiktion nicht mehr unterscheiden konnte; er ist ein Musterbeispiel einer Pseu-dologia phantastica. Es ist ihm ge-lungen, seine Geschichte als eine Art perpetuum mobile bis heute in den Medien lebendig zu hal-ten; die „Saure-Gurken-Zeit“ gibt



immer wieder Anlass, auf sie zu-rückzukommen. Kolportagehafte Präsentationen von „Originalen“ und gelungenen Streichen lassen sie immer wieder aufleben; sie hat auch Eingang in Publizistik mit seriösem Anspruch gefunden. Trotz einzelner früher Hinweise in der Presse auf die Unglaubwürdigkeit der Erzählung ist sie dabei selten in Zweifel gezogen worden.

Seine Geschichte ist in Albanien auf so gut wie keine Resonanz

gestoßen; dort ist sein Name bis heute unbekannt.

Michael Schmidt-Neke

(Die Langfassung dieses Artikels erschien unter dem Titel: Michael Schmidt-Neke: Pseudologia phantastica und Orientalismus: Albanien als imaginäre Bühne für Spiridon Gop evi, Karl May und Otto Witte, in: Jahrbuch der Karl-May-Gesellschaft 2006, S. 151-183.)

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik sollen Veröffentlichungen angezeigt werden, für die keine ausführliche Besprechung im Rezensionsteil vorgesehen ist - Bücher ebenso wie interessante Zeitschriftenartikel, die sich mit Albanien oder albanischen Themen befassen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn eine Veröffentlichung angezeigt wird, bedeutet das weder eine Empfehlung noch, dass die Redaktion sich mit dem Inhalt identifiziert. Für Hinweise unserer Leser auf weitere Veröffentlichungen wären wir dankbar.

H. Erkan Firatli, Tayfun Atmaca: *Shqipëria vend çelës për Ballkanin – The Balkans Key Country Albania.*

Tirana 2006. Paperback 126 S., Foto- tafeln. ISBN 9994381547 (albanisch-englischsprachige Darstellung der türkischen Entwicklungshilfebehörde über ihre Maßnahmen in Albanien)

A. A. Gill: *The Land That Time Forgot,*

in: The Sunday TIMES Magazine 23.7.2006, S. 14-23

Janine di Giovanni: *Madness Visible. A Memoir of War.*

Bloomsbury London 2005. Paperback 288 S. ISBN 0747568685

Kahlile B. Mehr: *Mormon Missionaries Enter Eastern Europe.*

Provo, Salt Lake City o.J. (ca. 2002). Gln. XV, 400 S. ISBN 0842524827 (Selbstdarstellung einer der zahlreichen evangelisierenden Bewegungen, die sich nach 1990 in Albanien niederließen; S. 266-274 über Albanien)

Laurence Mitchell: *The Bradt Travel Guide Serbia*

. Chalfont St. Peter, Bucks und Guilford (Conn.) 2005. Paperback 310 S. ISBN 1841621188 (S. 279-292: Kosovo)

John Phillips: *Macedonia. Warlords and Rebels in the Balkans.*

Yale University Press. New Haven, London 2004. Hardcover X, 230 S. ISBN 0300102682

Richard Plunkett, Vesna Maric, Jeanne Oliver: *Lonely Planet Guide Western Balkans.*

Footscray (Vict.), Oakland (Ca.), Lon-

don 2006. Paperback 440 S. ISBN 1741046106 (S. 39-84: Albania; S. 229-264: Macedonia; S. 303-308: Kosovo)

Adam Russ: *101 Places NOT to Go. Your essential guide to the world's most miserable, ugly, boring and inbred destinations.*

London 2005. Paperback 192 S. ISBN 1861058586 (S. 94-95: Kosovo; S. 134-135: Tirana, listet aber auch Berlin, Salzburg, Kopenhagen, London, Edinburgh, Paris und Rom)

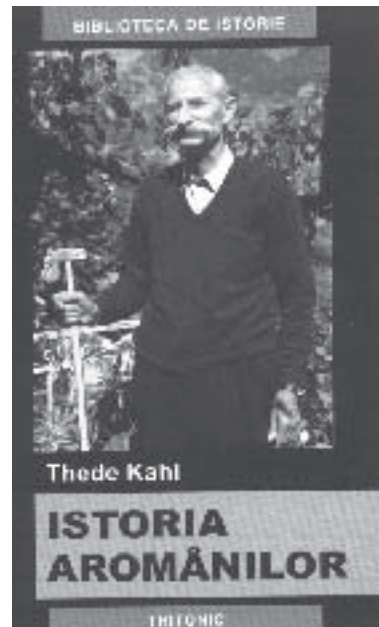
Michael Schmidt-Neke: *Pseudologia phantastica und Orientalismus: Albanien als imaginäre Bühne für Spiridion Gop evi , Karl May und Otto Witte,*

in: Jahrbuch der Karl-May-Gesellschaft 2006, S. 151-183

Thede Kahl:

Istoria armanilor. Tritonic.

Bukarest 2006. Paperback 334 S. ISBN 978-973-733-041-2.



Der führende deutschsprachige Experte für die Aromunen, Thede Kahl (s. AH 1/2001), der seit einiger Zeit beim Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut arbeitet, hat in Rumänien eine Sammlung seiner verstreuten Aufsätze aus der deutschsprachigen Fachpresse her-

ausgegeben. Die Titel „Geschichte der Aromunen“ weckt falsche Erwartungen, weil es sich eben nicht um eine diachrone Beschreibung der Entwicklung dieses Volkes handelt. Dennoch hat es seinen Wert an sich, wenn das rumänische Publikum mit der mitteleuropäischen Forschung über diese mit Ausnahme der „Zigeuner“ größte balkanische Streuminderheit vertraut gemacht wird. Zum anderen ist es auch für den deutschen Leser nützlich, einen Sammelband dieser sehr verstreuten Schriften zur Verfügung zu haben, auch wenn Rumänisch nicht die verbreitetste Sprache ist; mit Latein- oder Italienisch-Kenntnissen kommt man aber doch weiter, als meinen sollte. Das Kernproblem dürfte eher sein, an das Buch heranzukommen; Rumänien ist zwar nächstens in der EU, aber Buchbestellungen dürften bis auf Weiteres viel Zeit und Geld verschlingen.

Die Beiträge befassen sich mit der derzeitigen Lage der Aromunen in den einzelnen Balkanstaaten einschließlich Albanien, den frühen aromunischen Druckschriften des 18./19. Jahrhunderts, dem ambivalenten Verhältnis zwischen nationaler Identität und Assimilation, besonders in dem nicht eben minderheitenfreundlichen Griechenland, Fragen der Volkskultur sowie der Islamisierung der Megleniten.

Der wichtigste Beitrag, der auch ohne Sprachkenntnisse leicht verwendbar ist, ist eine 2004 im „Balkan-Archiv. Neue Folge“ erschienene Bibliographie über die Aromunen und die ihnen benachbarten und nahe verwandten Megleniten (Meglano-Rumänen).

Minderheitenforschung ist (mit Recht) en vogue, und Kahl hat viel dazu beizutragen. Vielleicht stehen ja mal Mittel zur Verfügung, diesen Sammelband im deutschen Original erscheinen zu lassen; angesichts der spärlichen Literatur über dieses Volk wäre das sinnvoller als so manches andere Recycling wissenschaftlicher Texte.

Michael Schmidt-Neke

Neuerscheinungen



**Bestellen Sie Ihre
Albanien-Bücher beim:**

Literaturvertrieb der DAFG
Postfach 10 05 65
44705 Bochum

Tel: 0234 - 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: litvertrieb@albanien-dafg

Gerne schicken wir Ihnen folgende Literaturlisten zu:

- Gesamtverzeichnis
- Aktuelle Information/ Zeitgeschehen
- Belletristik
- Kultur & Geschichte
- Sprachlehrbücher/
Wörterbücher
- Allgem. Landeskunde/Reisen
- Bildbände
- Antiquariatsliste

**Oder gleich online
bestellen:**

**Riskieren Sie doch mal einen Blick auf unseren
Büchershop im Internet:**

www.dafg-litvertrieb.de

Veranstaltungen der OG Hamburg

10.11.2006, 19 h - Raum 13
Dr. Michael Schmidt-Neke aus Kiel
wird referieren über: „Natürliche
Verbündete: Milosevic und die
deutschen Rechtsextremisten“

Anhand der Veröffentlichungen
rechtsradikaler Parteien, Gruppen
und Publizisten wird der Referent
der Frage nachgehen, welche
Haltung dieses Spektrum zur Frage des

Selbstbestimmungsrechts der
Albaner in Kosovo und zur
Politik des Milosevic-Regimes im
Zusammenhang mit dem Kosovo-
Krieg eingenommen hat.

08.12.2006, 19 h - Raum 13
gezeigt wird ein neuer "Albanischer
Spielfilm"

Den jeweils aktuellen Planungsstand
finden Sie auf: www.dafg.de

Deutsch-Albanisches Forum Dortmund

22.02.2007 – 19.30 Uhr
Referent: Stephan Lipsius, Kassel

"Zwischen Statusverhandlungen,
Dezentralisierung und
innenpolitischen Machtkämpfen:
Kosovos mühsamer Weg zur Unab-
hängigkeit"

Nähere Informationen zu den
weiteren für das erste Halbjahr 2007
geplanten Veranstaltungen bei:
Bodo Gudjons - Tel. 0234/308686
oder per E-Mail:
gudjons@albanien-dafg.de

Berlin:

24. Januar 2007, 20.30 Uhr
Buchhändlerkeller
Carmerstrasse 1, Parterre links

Vorstellung des zweisprachigen
Gedichtbandes
"DIÇKA MË MIRË SE VDEKJA-
ETWAS BESSERES ALS DEN TOD"
des kosovarischen Lyrikers Bekim
Morina in der Übertragung aus
dem Albanischen von Oskar Ansell
und Oda Buchholz

Fortsetzung von S. 2

chen und kommunalen öffentlichen Verwaltung sowie der nationalen audio-visuellen und Printmedien.

12. Das Parlament von Albanien fordert die kommunistischen und postkommunistischen Parteien in Albanien auf, die Geschichte des Kommunismus und ihre Vergangenheit zu überdenken, sich klar von den Verbrechen zu distanzieren, die vom kommunistischen Regime und von dem Diktator Enver Hoxha begangen worden sind, und sie klar und ohne jeden Zweifel zu verurteilen.

13. Das Parlament von Albanien fordert die Akademiker, Historiker und unabhängigen Fachleute auf, ihre Forschungen zur objektiven Feststellung und Verifizierung der Geschichte Albaniens während der kommunistischen Diktatur zu intensivieren.

14. Das Parlament von Albanien ist der Überzeugung, dass die Opfer der Verbrechen des totalitären kommunistischen Regimes sowie ihre Familien Achtung und Verständnis für ihre Leiden sowie Dank für ihren Widerstand gegen die Diktatur verdienen.

15. Das Parlament von Albanien unterstützt die Konzipierung einer nationalen Strategie zur Beseitigung der Folgen des Totalitarismus, der Albanien für fast ein halbes Jahrhundert beherrscht hat, und fordert die staatlichen Institutionen auf, schnellstmöglich alle gesetzlichen Verpflichtungen auf Integration, Bildung, Beschäftigung, Unterbringung und Entschädigung zu erfüllen, die mit dem Status der politisch Verfolgten verbunden sind, sowie die Bildung eines Fonds zum Auffinden derer, die mit oder ohne Prozess aus politischen Gründen verschwunden sind oder getötet wurden.

16. Das Parlament von Albanien regt den Beginn einer nationalen Kampagne an, um ein Bewusstsein für die im Namen der kommunistischen Ideologie begangenen Verbrechen zu wecken, unter Einschluss einer Überprüfung der Schulbücher, der Verkündung eines nationalen Tages zum Andenken an die Opfer des Kommunismus, der Eröffnung von Museen einschließlich der Umwandlung der schrecklichen politischen Gefängnisse in Museen, sowie der Errichtung von Gedenkstätten zu Ehren der Albaner, die getötet wurden, weil sie sich dem totalitären Regime widersetzt haben.

17. Das Parlament von Albanien unterstützt die Organisation einer nationalen Konferenz unter Teilnahme von Vertretern des Parlaments, der Regierung, der politischen Parteien, der Verfolgtenverbände, von Akademikern, Historikern sowie Fachleuten aus NGO's über die von den totalitären kommunistischen Regimes begangenen Verbrechen.

Tirana, 30.10.2006

Quelle: Fletorja Zyrtare (2006) 117 vom 15.11.2006, S. 4669-4670

Korruptions-Index: minimal verbessert

Im jährlichen Korruptions-Wahrnehmungs-Index von Transparency International hat sich Albanien im Ranking leicht verbessert. Mit einem Punktwert von 2.6 und einem Vertrauensintervall von 2.4 – 2.7 (2005: 2.4 bzw. 2.1 – 2.7) nimmt das Land nun gemeinsam mit Guatemala, Kasachstan, Laos, Nikaragua, Ost-Timor, Vietnam, Jemen und Sambia den 111. Platz (2005: 126. Platz) ein.

Bis Auf Mazedonien haben die übrigen West-Balkan-Staaten ihre Werte ebenfalls leicht verbessern können, so dass Albanien weiterhin Schlusslicht der Region ist, und in Europa nur Russland (121. Platz) und Weißrussland (151. Platz) schlechter platziert sind.

Keine Angst vor Terrorismus

Einer Studie des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts „Gallup“ zufolge, die im November in Washington veröffentlicht worden ist, ist Albanien das Land, in dem die wenigsten Bürger vor Terror haben: Lediglich 20 % der Befragten gaben dort an, sie sähen sich durch Terrorismus bedroht.

Am meisten Sorgen wegen möglicher Terrorgefahren machen sich dieser Studie zufolge die Menschen in Kolumbien und Indien (jeweils 97 %), gefolgt von Israel (93%).

Albanische Migranten senden am meisten Geld in die Heimat

Wie das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Universität Neuenburg in einer Studie konstatiert, transferieren albanische MigrantInnen am meisten Geld nach Hause. Im Jahr 2004 waren es dieser Studie zufolge mehr als eine Milliarde Dollar. Fast jeder vierte Haushalt in Albanien profitiert demnach von diesen Geldüberweisungen aus dem Ausland.

Seit 1989, so heißt es in der Untersuchung, habe ein Fünftel der Bevölkerung Albaniens das Land verlassen. Mit ihren Überweisungen hätten die MigrantInnen in den 90er-Jahren fast 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigesteuert.

Von den Überweisungen profitieren gemäss der Studie am meisten Menschen in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen. Dazu gehören vor allem junge allein erziehende Frauen, deren Partner sich im Ausland befinden, und ältere Menschen.

Die Autoren der Studie (Mathias Lerch vom SFM und Philippe Wanner von der Universität Genf) heben hervor, dass diese Transferleistungen zwar zur Linderung der Armut beitragen, nicht jedoch zu einer wirtschaftlichen Entwicklung. Möglicherweise würden die Zahlungen aber helfen, den Druck zur Emigration ins Ausland zu verringern.

DAFG-Reise 2006

Seit einigen Jahren hat die DAFG wieder Reisen nach Albanien angeboten, bei denen Mitglieder wie Nicht-Mitglieder eine gute Möglichkeit erhalten, die Veränderungen und Entwicklungen im Land aus eigener Anschauung zu erleben (s.a. S. 18)

In den letzten Jahren haben wir dabei unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, in diesem Jahr haben wir eine Reise mit der „klassischen“ Route in den Süden des Landes organisiert, bei der allerdings einige Orte erstmals in das Programm aufgenommen worden sind, die bislang kaum oder nur recht schwer zu besuchen waren.

Ein Höhepunkt war dabei zweifellos Byllis, die Ausgrabungsstätte in der Nähe von Ballsh. Auch wenn in den vergangenen Jahren einiges dafür getan worden ist, Byllis nicht nur für Archäologen, sondern auch einem breiteren Besucherkreis zu erschließen, so ist es noch längst nicht so frequentiert wie Apollonia oder gar Butrint. Wer den Weg dorthin sucht, der findet die ersten Hinweisschilder praktisch erst unmittelbar vor Ort. Dafür wird er aber belohnt durch eine antike Stätte, die immer mehr Konturen annimmt und ob ihrer grandiosen Lage zum Verweilen einlädt.



Byllis mit Blick auf das Tal der Vjosa

Gerade Byllis ein gutes Beispiel dafür, dass das Land so viel mehr zu bieten hat als nur die bekannten Städte wie Berat und Gjirokastra oder eben Butrint und Apollonia. Allerdings kosten solche Abstecher von den Haupttrouten nach wie vor Zeit, denn die Wege dorthin sind in der Regel noch nicht ausgebaut, Orientierungsschilder sind Mangelware. So liegen zwar eine Reihe unentdeckter rechts und links der Haupttrouten Kleinode (s. auch S. 16 u. 17), zu viele von ihnen sollte man aber doch nicht – so auch die Erfahrung dieser Reise – in das Programm einbauen, denn sonst gerät die Zeitplanung aus dem Ruder. Und das macht sich v.a. im Herbst, wenn die Tage schon kürzer sind, doch negativ bemerkbar.

Und auch für Tirana benötigt man mehr Zeit, als uns in diesem Jahr aufgrund des kurzfristigen Flugplanwechsels blieb. Und zwar nicht nur, wenn man dort Freunde hat, die man besuchen möchte, es gibt inzwischen ein vielfältiges kulturelles Angebot, das man sonst gar nicht nutzen kann. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen werden wir wohl auch für 2007 die eine oder andere Reise anbieten, die wir allen Mitgliedern und LeserInnen der „Albanischen Hefte“, die schon länger nicht mehr in Albanien gewesen sind (oder es noch gar nicht aus eigener Anschauung kennen) wärmstens empfehlen.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt.

Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;

Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;

in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;

Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;

Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;

die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;

Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;

Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;

Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Mitgliedschaft in der DAFG!

- Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.
- Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
- Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €) auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20)
- einen Förderbeitrag in Höhe von
- Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.
- Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.
- Ich habe die Summe auf das Literatur-Konto der DAFG (Kto.-Nr. 741577-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20) überwiesen.

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons,
Friederikastr. 97
44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe:
Jochen Blanken, Hamburg;
Ilona Vogel, München;

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Skanderbeg GmbH,
Bochum

Druck:

Hansadruck
Kiel

Vertrieb:

Skanderbeg GmbH,
Bochum

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 10 05 65
44705 Bochum
Friederikastr. 97
44789 Bochum

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto -
Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)
Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:

30.11.2006

Kontakt zur DAFG

Büro der DAFG + Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
Postfach 10 22 04 ▲ 44722 Bochum
Friederikastr. 97 ▼ 44789 Bochum
Tel.: (0234) 30 86 86
Fax: (0234) 30 85 05
e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stv. Vorsitzender
Kielortallee 24 ▲ 20144 Hamburg
e-mail: jochenblanken@yahoo.de

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 ▲ 24116 Kiel
e-mail: schmidt-neke@gmx.net

Stephan Lipsius
Moselweg 57 ▲ 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
Am Talgraben 22 ▲ 46539 Dinslaken
Tel.: (02064) 8 21 60
Fax: (02064) 8 21 61
e-mail: rewo@cityweb.de

Xhevat Ukshini
Hochstr. 17 ▲ 45964 Gladbeck
e-mail: xh.ukshini@gmx.de

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin

Postfach 30 34 27 ▲ 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg

c/o Dietmar Kurzeja
Beim Schlump 86
20144 Hamburg

e-mail: dietmar.kurzeja@t-online.de

Impressum Kontaktadressen der DAFG!

Kush ështe? Ku është? – Wer ist's? Wo ist's?

Hier war's: Sazan



Sazan, Albanien mit 5,5 Quadratkilometern einzige nennenswerte Insel, liegt vor der Bucht von Vlora und war zu Zeiten der Seekriegsführung von strategischer Bedeutung. Bereits in der Antike war es als Sason bekannt. Später war es venezianische, dann osmanische Basis. Im 19. Jahrhundert wurde es wie die meisten ionischen Inseln von Großbritannien kontrolliert. Es wurde von Griechenland und Italien beansprucht; Italien besetzte es im I. Weltkrieg und behielt es trotz albanischer Ansprüche bis 1943. 1947 musste Italien im Pariser Friedensvertrag offiziell zugunsten Albanien auf Sazan verzichten, das eine Militärbasis wurde und bis heute blieb, die zur Zeit auch vom italienischen Militär genutzt wird. Der verkarstete Kalkfelsen ohne Gewässer bietet wenige Lebensgrundlagen. Eine touristische Nutzung ist in Planung, aber auf absehbare Zeit nicht realistisch.

1923 gaben die Italiener einen Briefmarkensatz mit acht Werten mit dem Aufdruck SAZENO heraus (Michel-Europa-Katalog Band 2: Südeuropa, Italienische Post in Albanien Nr. 35-43)

Kush është: ein Schauspieler (mal wieder)

Nach Peter Ustinov und Bekim Fehmiu ist es mal wieder ein Brite, hierzulande kein sehr bekannter Name. Der 1985 Geadelte ist schon 1989 gestorben und stand bereits in den 30er Jahren auf der Bühne (u.a.

in Shakespeare-Dramen) und vor der Kamera. Seine Spezialität waren Historienfilme. In einem Film mit Sir Alec Guinness und Sophia Loren, der das Vorbild für den späteren Kassenschlager „Gladiator“ war, spielte er eine wichtige Nebenrolle als unehelicher Vater des römischen Kaisers.

Im II. Weltkrieg gehörte er zu den britischen Liaison Officers, die bei den Partisanen und anderen bewaffneten Untergrundformationen eingesetzt waren. Schon 1946 gab er seine Erinnerungen an diesen Einsatz heraus, musste sie aber oberflächlich als Roman tarnen, obwohl die handelnden Personen in Albanien

unschwer identifizierbar sind. Auch in seinen 1990 erschienenen Memoiren „A Time To Speak“ behandelt er seine Zeit in Albanien ausführlich.

Einsendeschluss ist der 28.02.2007
Lösungen erbitten wir per e-mail an dafg@albanien-dafg.de oder per Post.

(Geografisch) nah dran, aber eben nicht nah genug, waren mit „Orikum“ die beiden eingesandten Lösungsvorschläge; erst im zweiten Versuch haben aber die Einsender Werner Küffner und Dietmar Kurzeja die richtige Lösung gefunden; die Buchprämie haben wir uns daher diesmal gespart.

In Archiven gekramt...



Erich Andres: Militärübung 1931



Erich Andres: Roden für den Straßenbau 1931



Marmiro in der Nähe von Orikum